

"TRAU DICH SACHSEN"
REGIERUNGSPROGRAMM
SACHSEN

PROGRAMM DER ALTERNATIVE FÜR

DEUTSCHLAND

FÜR DIE LANDTAGSWAHL SACHSEN 2019

-ENTWURF-

Bearbeitungsstand: 30. April 2019

	ш	IΛ	LTC	١ /		フフ	\cap L		IIS
יוו	٧Г	łΑ	LIO	V	\Box	\mathbf{X}	し Г	ווד	

17	1	PRÄAMB	EL	7
18	2	WIRTSCH	HAFT; STEUERN UND HAUSHALTSPOLITIK	. 12
19	2.1	L Finanz	politik	. 12
20 21	:	2.1.1	Mehr Souveränität für Sachsen – Regionale Förderung braucht keinen Umweg über Brüssel	
22	:	2.1.2	Haushalt auf Kernaufgaben reduzieren	. 12
23		2.1.3	Kommunen stärken – Bürger entlasten	. 12
24	:	2.1.4	Eigentum fördern – Eigentum sichern	. 12
25	:	2.1.5	Strafbarkeit für Steuerverschwendung und Missmanagement	. 13
26	2.2	2 Steuer	politik	. 13
27	:	2.2.1	Grundsteuern abschaffen statt Bürger belasten	. 13
28	:	2.2.2	Wiedereinführung der Vermögenssteuer verhindern	. 13
29	:	2.2.3	Gewerbesteuer vereinfachen	. 13
30	2.3	8 Mittel	standspolitik	. 13
31	;	2.3.1	Sachsens Gründergeist neu entfachen	. 14
32	:	2.3.2	Stärkung des Handwerksmeisters – Qualität aus Sachsen	. 14
33	:	2.3.3	Sachsen für Sachsen	. 14
34		2.3.4	Schluss mit der Sanktionspolitik	. 14
35	:	2.3.5	Sonderwirtschaftszonen	. 15
36		2.3.6	Abbau von Überregulierung	. 15
37	3	GELD- UI	ND WÄHRUNGSPOLITIK	. 16
38	3.1	L Beend	igung der Sparer und Rentner enteignenden Politik der EZB	. 16
39	3.2	2 Erhalt	des Bargelds	. 17
40	3.3	8 Keine	deutsche Haftung für EU-Banken, Mittelstandsfinanzierung stärken	. 17
41	3.4	l Mit un	ns ist Ihr Geld sicher: Absicherung der Bürger gegen die Eurokrise	. 18
42	4	INNERE S	SICHERHEIT; JUSTIZ UND DATENSCHUTZ	. 19
43	4.1	L Die Po	lizei sachlich, personell und finanziell besser ausstatten	. 19
44	4.2	2 Unabh	nängigkeit der Justiz stärken - Weisungsfreie Staatsanwälte, unabhängige Richter und	
45		partei	ferne Rechnungshöfe	. 19
46	4.3		Strafrechtsreform, Mord muss strafrechtlich ein Mord bleiben	
47	4.4	l Einfac	h gelagerte Strafverfahren zeitlich straffen	. 19
48	4.5	Mode	rne und transparente Verfahrensbearbeitung in den Behörden	20
49	4.6	6 Organ	isierte Kriminalität nachhaltig bekämpfen	. 20
50	4.7	7 Einfüh	rung von Personen- und Güterkontrollen an sächsischen Außengrenzen	. 20

51	4.8 Gesch	äftsmäßige Abmahnungen bekämpfen	21
52	4.9 Opfer	schutz statt Täterschutz	21
53	4.10 Bürge	rentscheide über Moscheebauten	22
54	4.11 Mosc	heeverbände /-vereine überwachen	22
55	4.12 Verm	ummungsverbot bei Demonstrationen / allgemeines Verschleierungsverbot	22
56	4.13 Gegei	n Extremismus und Terrorismus / für unabhängigen Verfassungsschutz	22
57	4.14 Verbe	sserte Bedingungen für Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz	23
58	5 FAMILIE	UND DEMOGRAFIE	24
59	5.1 Stabil	e Familien mit Kindern sind unsere Zukunft	24
60	5.2 Erfolg	smodell Familie fördern	24
61	5.3 Tolera	anz statt Akzeptanz anderer Lebensmodelle	25
62	5.4 Schut	z der Ungeborenen verbessern	25
63	5.5 Baby-	Begrüßungsgeld für Sachsen	26
64	5.6 Lande	serziehungsgeld deutlich ausbauen	26
65	5.7 Qualit	ät in Kindertagesstätten verbessern	27
66	5.8 Eltern	beiträge begrenzen, Erzieherausbildung stärken	27
67	5.9 Famil	ienarbeit würdigen	28
68	5.10 Famil	ien stärken	28
69	5.11 Sachs	enticket einführen	29
70	6 BILDUN	G; WISSENSCHAFT; KULTUR UND MEDIEN	30
71	6.1 Schul	2	30
72	6.1.1	Mut zur Leistung statt Akademisierungswahn	30
73	6.1.2	Mehrgliedriges Schulsystem erhalten	
74	6.1.3	Berufliche Bildung und Oberschulen stärken	31
75	6.1.4	Keine ideologisch motivierte Inklusion: Förder- und Sonderschulen erhalten	31
76	6.1.5	Wertschätzung von Lehrern verbessern	31
77	6.1.6	Folgen der Massenimmigration: Nicht auf dem Rücken der Schüler	31
78	6.1.7	Keine ideologische Beeinflussung an Schulen	32
79	6.1.8	Traditionelle Familienwerte statt Frühsexualisierung	32
80	6.1.9	Digitalisierung in der Schule	32
81	6.1.10	Keinen Islamunterricht an sächsischen Schulen, keine Sonderrechte für Muslime .	32
82	6.1.11	Frühkindliche Erziehung und Bildung	33
83	6.1.12	Bildungsauftrag für Horteinrichtungen	33
84	6.2 Hochs	schule	33
85	6.2.1	Bologna ist gescheitert: Diplom und Magister wieder einführen	33
86	622	Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und Lehre hewahrei	n 3/1

87	6.2.3	Kultus- und Wissenschaftsministerium zusammenlegen	34
88	6.2.4	Anteil befristeter Verträge verringern	34
89	6.2.5	Kein Geld mehr für die "Genderwissenschaft", keine Gender-Quoten	34
90	6.3 Für eir	ne neue Medienpolitik ohne Zwangsbeiträge	35
91	6.4 Kultur	ist eine zentrale Querschnittsaufgabe und wesentlicher Teil unserer Identität	35
92	6.4.1	Förderung der kulturellen Bildung	36
93	6.4.2	Kulturraumgesetz ändern	36
94	6.4.3	Förderung der sorbischen Kultur	36
95	7 SOZIALE	SICHERUNGSSYSTEME UND RENTE; ARBEITS- UND SOZIALPOLITIK	37
96	7.1 Unger	egelte Einwanderung stoppen – Sozialstaat erhalten	37
97	7.2 Wider	eingliederung in den Arbeitsmarkt nach Kindererziehungszeiten verbessern	38
98	7.3 Menso	chen mit Behinderungen nicht zu Bittstellern degradieren	38
99	7.4 Jugeno	darbeit und Ehrenamt	38
100	7.5 Kein K	indergeld für im Ausland lebende Kinder	39
101	7.6 Qualif	ikation hilft Langzeitarbeitslosigkeit zu überwinden	39
102 103		rung einer Obergrenze des Anteils von Arbeitnehmern mit Werkverträgen und beit	39
104	7.8 Beibel	naltung des Mindestlohns	40
105	7.9 Hartz-	IV ist ungerecht	40
106	7.10 Das Po	otenzial älterer Arbeitnehmer stärker nutzen	40
107	8 ZUWANI	DERUNG; ASYL; STAATSANGEHÖRIGKEIT	41
108	8.1 Masse	nzuwanderung ist keine Lösung	41
109	8.2 Schnel	llere Verfahren und konsequente Abschiebung	41
110	8.2.1	Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMA) einführe	n 42
111	8.2.2	Rechtsverstöße ahnden	42
112	8.3 Sachle	istungsprinzip und Transfer-Zentren	43
113	8.3.1	Abschiebehaftplätze erhöhen	43
114	8.3.2	Abschiebungen erleichtern und konsquent umsetzen	43
115	8.3.3	Asyl-Antragsteller an der Finanzierung ihrer Versorgung beteiligen	44
116	8.4 Beschi	ränkung der Aufwendungen für Geduldete	44
117	8.4.1	Geduldete auf Rückkehr vorbereiten	44
118	9 UMELT; I	NATUR- UND TIERSCHUTZ; LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	45
119	9.1 Ländli	cher Raum	45
120	9.1.1	Sachsen sieht Land – die AfD gibt dem ländlichen Räumen wieder neuen Schwung	g 45
121	9.1.2	Unser Programm für den ländlichen Raum	45
122	9.1.3	Mehr Kompetenzen und Gestaltungsspielräume für die Kommunen	46

123	9.1.4	Chefsache! – Ein starkes Ministerium für den ländlichen Raum	46
124	9.2 Land-	und Forstwirtschaft	47
125	9.2.1	Land- und Forstwirtschaft als tragende Säule des ländlichen Raumes erhalten	47
126	9.2.2	EU-Abhängigkeiten vermindern - Agrarpolitik renationalisieren	47
127	9.2.3	Bodenspekulation beenden – heimische Landwirtschaft stärken	48
128	9.2.4	Konventionellen und ökologischen Anbau nicht gegeneinander ausspielen	48
129	9.2.5	Unabhängige und qualifizierte Beratung für Landwirte und Gärtner	48
130	9.2.6	Sachsen soll sich selbst ernähren können	48
131	9.2.7	Kleintierhalter und Kleingärtner unterstützen	49
132	9.2.8	Regionale Vermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausbauen	49
133	9.2.9	Verbesserung der gesellschaftlichen Anerkennung der Landwirtschaft	49
134	9.3 Tierso	hutz	50
135	9.3.1	Schluss mit qualvollen und unwürdigen Tiertransporten	50
136	9.3.2	Nur tierschutzgerechte Schlachtungen	50
137	9.3.3	Tierheime in Sachsen unterstützen	50
138	9.4 Natur	schutz	50
139	9.4.1	Biologische Vielfalt schützen und entwickeln, Sachsens Kulturlandschaften bewa	
140			
141 142	9.4.2	Regulierung der Wolfsbestände zum Schutz von Menschen, Weidetieren und ur Kulturlandschaft	
143	9.4.3	Fischer und Angler unterstützen	
144	9.4.4	Keine weitere Verschandelung unserer Landschaft durch den Ausbau von	52
145	3.4.4	Windkraftanlagen	52
146	10 GESUNE	DHEITSPOLITIK	53
147	10 1 Siche	rstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung	53
148	10.1.1	Arztzahlen dem tatsächlichen Bedarf anpassen	
149	10.1.2	Sicherung der regionalen ärztlichen Versorgung	
150	10.1.3	Rettungsdienstzeiten garantieren	
151	10.1.4	Telemedizin ausbauen	
152	10.1.5	Migrantenambulanzen einrichten	
153		enhausversorgung und Rehabilitation verbessern	
154		enotstand in Sachsen bekämpfen	
155	10.3.1	Ausgewogene Trägervielfalt	
156	10.3.2	Landespflegegeld einführen	
157	10.3.3	Pflegeberuf attraktiver machen	
158	10.3.4	Qualitätskriterien überarbeiten	
159		ndheitsprävention stärken	56

160	10.4.1	Hochwertiges und frisch zubereitetes Schul-Essen für alle Schüler	56
161	10.4.2	Breitensport stärken	56
162	10.4.3	Suchtprävention verbessern	56
163	10.4.4	Gesundheitsfolgen von Technik erforschen	57
164	10.5 Mehr	Medizinstudienplätze in Sachsen - Ärztemangel und Landarztmangel bekämpfen	57
165	10.6 Schut	z vor Infektionskrankheiten / Epidemien	57
166	11 ENERGIE	; TECHNIK UND KLIMASCHUTZ	59
167	11.1 Techn	ologie	59
168	11.1.1	Gegen unrealistische EU Grenzwerte	59
169	11.1.2	Für die weitere Nutzung des Verbrennungsmotors	59
170	11.2 Infras	truktur	60
171	11.3 Nahve	erkehr	61
172	11.4 Energ	iepolitik	62
173	11.4.1	Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) abschaffen	62
174	11.4.2	Energie-Einspar-Verordnung (ENEV) abschaffen	62
175	11.4.3	Pumpspeicherkraftwerke erhalten	63
176	11.4.4	Für Nationale Forschungspolitik	63
177	12 INFRAST	RUKTUR; WOHNBAU; DIGITALISIERUNG	64
178	12.1 Digita	lisierung	64
179	12.1.1	Wiederaufbau einer konkurrenzfähigen Informations- und Telekommunikations-	
180		industrie	
181	12.1.2	Technologiepark "IT-KOMmunikation" und Gründerkultur	
182	12.1.3	Finanzierungsmodelle etablieren	
183	12.1.4	Soziales Umfeld von Gründern stärken	66
184 185	12.1.5	Wasser, Strom, Internet: Glasfaseranschlüsse als Element der staatlichen Daseinsvorsorge	66
186	12.1.6	Flächendeckender Mobilfunk für die Bürger, nicht für die Staatskasse	67
187	12.1.7	Industrie 4.0 als Chance, nicht als Risiko	68
188	12.1.8	E-Government und Open-Source: Die Zukunft in Behörden	68
189	12.2 Verm	ögensbildung durch Wohnen	68
190	12.2.1	Bezahlbarer Wohnraum auf dem Land und in der Stadt	68
191	12.2.2	Baubürokratie abbauen, Verfahren beschleunigen	69
192	12.2.3	Mehr Wohneigentum in private Hand	69
		Company whether timeless	60
193	12.2.4	Genossenschaften fördern	69

1 PRÄAMBEL

"Trau Dich Sachsen" – Das Regierungsprogramm der AfD

"Der AfD-Landesverband Sachsen beobachtet mit Sorge und Zorn, wie heute im Namen Europas Wohlstand vernichtet, Freiheit eingeschränkt und Demokratie beschädigt wird."

An dieser Feststellung aus unserem Wahlprogramm 2014 hat sich nichts geändert. Im Gegenteil: Die seit fast 30 Jahren mit wechselnden Partnern herrschende, berlinhörige CDU hat unseren liebenswerten, traditionsreichen Freistaat weiter und weiter in Sackgassen regiert. Diese Sackgassen heißen unter anderem überregulierter Mittelstand, vernachlässigter ländlicher Raum, explodierende Kriminalität, darbende Bildung und arbeitsplatzvernichtende Energie-Abenteuer. Damit muss endlich Schluss sein!

Die AfD Sachsen legt hiermit ein Regierungsprogramm vor, das diese Politik beendet, einen grundlegenden Richtungswechsel herbeiführt und Sachsen wieder zu dem macht, was es einmal war: eine stolze, familienfreundliche und sichere Heimat. Eine natürlich gewachsene Heimat, die eine sichere sächsische und deutsche Identität prägt, nicht aber eine künstliche europäische Identität, die es so nicht gibt und nicht geben kann. Eine Heimat, in der sich alle wohlfühlen, die unsere Sprache sprechen, die unsere Werte und Gesetze achten und die bereit sind, ihren Anteil zu unserem Wohlstand beizutragen statt ohne eigenen Beitrag und Leistung nur Nutzen daraus zu ziehen.

Dieser Richtungswechsel beinhaltet auf allen Politikfeldern andere Vorhaben als bisher. Die können traditionell sein, aber auch revolutionär. Was sich teilweise jahrzehntelang bewährt hat, führen wir fort und lassen den ungesunden, gleichmacherischen, bevormundenden Zeitgeist außen vor. Das betrifft auch Punkte unseres Programms von 2014, an denen wir festhalten. Was dagegen neu gedacht werden muss, scheuen wir uns nicht umzusetzen.

Für uns ist ein gesunder Mittelstand die Grundlage einer leistungsfähigen und erfolgreichen Wirtschaft. Leuchtturmprojekte sollen nicht mehr subventioniert, Gelder für regionale Förderung auch regional verwaltet, staatliche Zuweisungen an die Kommunen erhöht und der Schlüssel dafür verändert werden. Wir wollen Wohneigentum in Stadt und Land fördern, den Landesrechnungshof zu Sanktionen ermächtigen, die Grundsteuer sowie Straßenanliegerbeiträge abschaffen, die Gewerbesteuer vereinfachen, zur Meisterpflicht zurückkehren und die einseitige Sanktionspolitik gegen Russland beenden. In grenznahen und industrieschwachen Regionen wie der Lausitz, dem Erzgebirge und dem Vogtland wollen wir Sonderwirtschaftszonen einrichten.

Für uns ist eine solide, nachhaltige Geld- und Währungspolitik, die auf eine Vermeidung von Neuverschuldung zielt, die Basis für die gedeihliche wirtschaftliche Weiterentwicklung und damit den Wohlstand in Sachsen. Wir wollen weiterhin mit darauf hinwirken, die vertraglichen Verbote der Staatsfinanzierung durch die EZB und der Vergemeinschaftung der Schulden endlich durchzusetzen, die uneingeschränkte Bargeldnutzung als wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht dauerhaft erhalten sowie regional tätige Banken wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken stärken.

Für uns ist eine Sicherheitspolitik nach Gefahrenlage und nicht nach Kassenlage unabdingbar. Wir wollen die Personaldecke und die Präsenz der Polizei stärken, die Einflussnahme der politischen Parteien auf das Ernennen von Richtern und Staatsanwälten beenden, Grenzkontrollen wiedereinführen, den Opferschutz verbessern sowie den Brand-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutz für die Zukunft rüsten. Wir lehnen Moscheebauten, besonders mit Minarett, ebenso ab wie die religiöse Gesichts- bzw. Vollverschleierung im öffentlichen Raum.

Für uns ist das auch in Sachsen weiterhin vorherrschende traditionelle Familienmodell aus Mann, Frau und deren Kindern Grundlage und Voraussetzung unseres Handelns. Die wirtschaftlichen und rechtlichen Benachteiligungen dieses Familienmodells werden wir beseitigen und diese Familien in ihrer individuellen Freiheit, Eigenständigkeit und Mitbestimmung stärken, indem wir langfristig ihre Steuer- und Abgabenlast senken: Familie soll in Sachsen kein Armutsrisiko mehr sein! Wir wollen Frühsexualisierung verhindern, das Unterstützungsnetzwerk für Schwangere in Not erweitern, ein sächsisches Baby-Begrüßungsgeld einführen, das Landeserziehungsgeld deutlich ausbauen, die Betreuungsschlüssel in sächsischen Kindertagesstätten senken und Elternbeiträge begrenzen.

Für uns ist die Ausrichtung der Bildungsstandards der verschiedenen Schulformen an den Anforderungen der weiterführenden Bildungseinrichtungen selbstverständlich. Wir wollen die frühkindliche Bildung und Erziehung neu ausrichten, ein Kopftuchverbot an Schulen und Kindergärten durchsetzen, Förder- und Sonderschulen beibehalten, die beruflichen Schulen stärken, die Abiturientenquote senken, die bewährten Diplom- und Magisterstudiengänge wieder einführen und an einem Landesbildungsministerium festhalten. Daneben wollen wir den Rundfunkstaatsvertrag kündigen und das Kulturraumgesetz entideologisieren.

Für uns ist der Erhalt unseres Sozialstaates ein wichtiges Anliegen. Einwanderung braucht deshalb klare Regeln und geschützte Grenzen. Wir wollen Kindergeldzahlungen an im Ausland lebende Kinder stoppen, für Werk- oder Leiharbeitsverträge eine Obergrenze von 15 % einführen, den Mindestlohn

beibehalten, Hartz-IV abschaffen und Arbeitslosengeld I länger zahlen, ein besonderes Förderprogramm für ältere deutsche Bürger sowie eine Demokratieerklärung bei der Ausreichung von Fördergeldern einführen.

Für uns als der Welt zugewandte Sachsen, die gleichwohl das Eigene bewahren und schätzen, ist die Gewährung von Asyl selbstverständlich – nicht jedoch der von der Bundesregierung zugelassene Missbrauch des Asylrechts für eine Massenzuwanderung meist unqualifizierter Menschen aus inkompatiblen Kulturkreisen. Wir wollen Asylverfahren bei gefälschten oder nicht vorhandenen Personaldokumenten als unzulässig ablehnen, eine Altersfeststellung bei Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen (UMA) einführen, das Sachleistungsprinzip und die Residenzpflicht für Asylbewerber und Geduldete durchsetzen, die Zahl der Abschiebehaftplätze erhöhen und Abschiebungen konsequent umsetzen.

Für uns ist die Wiederbelebung unserer lange vernachlässigten ländlichen Räume ein zentrales politisches Ziel, weshalb wir das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt zu einem starken Ministerium für den Ländlichen Raum aufwerten. Wir wollen die Zuständigkeit für die heimische Landwirtschaft wieder in nationale Hände legen, Zielquoten für den Ökolandbau sowie den Anbau gentechnisch veränderter Nutzpflanzen verhindern, Kleingartenwesen und Kleintierzucht erhalten, ein sächsisches Herkunftssiegel etablieren, am generellen Verbot von Schächtungen festhalten, eine angemessene Weidetierprämie einführen und den Wolf unter das Jagdgesetz stellen. Gegen den Willen der Bürger in den betroffenen Kommunen darf es in Sachsen keine weiteren Windkraftanlagen bzw. keinen weiteren Ausbau bestehender Windkraftanlagen geben.

Für uns ist die gesundheitliche Versorgung der sächsischen Bevölkerung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die deutlich mehr Gemeinwohlorientierung erfordert und sich am Patienten, seiner Würde und seinen Grundrechten auszurichten hat. Wir wollen den praktischen Arzt wiedereinführen, die Telemedizin ausbauen, Migrantenambulanzen einrichten, ein Landespflegegeld etablieren, ein hochwertiges und frisch zubereitetes Schulessen bereitstellen und eine Landarztquote bei der Studienplatzvergabe festsetzen.

Für uns ist die Abkehr von der "Großen Transformation" (Klimaschutzplan 2050), die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und die Rückkehr zu einer Energiepolitik, die eine stabile, preiswerte und sichere Stromversorgung gewährleistet, das Fundament unseres Handelns. Wir wollen den Verbrennungsmotor ebenso weiter nutzen wie den einheimischen Primärenergieträger Braunkohle. Wir wollen daneben Pumpspeicherkraftwerke erhalten, die Forschung zu neuen Energie-

und Reaktortechnologien fördern, für Windkraftanlagen die 10-H-Regelung durchsetzen und staatliche Vorschriften zur Energieeinsparung beseitigen, die wie die Energieeinsparverordnung (ENEV) bezüglich Kosten/Nutzen zu einer unverhältnismäßig hohen finanziellen Belastung von Bürgern und Unternehmen führen. Außerdem streben wir eine Entlastung der überbeanspruchten Autobahnen durch die Verlagerung auf alternative Transportwege, die Entflechtung von Güter- und Personenverkehr sowie die volle Verkehrsanbindung aller Regionen von Sachsen an.

Für uns bietet die digitale Entwicklung mehr Chancen als Risiken, weshalb wir sie aktiv zum Wohle des einzelnen Menschen sowie der Gesellschaft gestalten. Wir wollen einen Technologiepark "IT-KOMmunikation" etablieren, die Versorgung mit schnellem Internet sowie flächendeckender Mobilfunkanbindung als Elemente staatlicher Daseinsvorsorge beschleunigen sowie die Industrie 4.0 ebenso wie das E-Government fördern. Daneben wollen wir mit Blick auf die (Wieder-) Belebung des ländlichen Raumes in Sachsen den Erwerb von Wohneigentum stärker unterstützen sowie Bebauungsplan- und Planfeststellungsverfahren beschleunigen.

Dieses anspruchsvolle Programm entstand basisdemokratisch in monatelanger Arbeit in unseren Landesfachausschüssen. In diesen opferten über 100 Experten aus unserer Mitgliedschaft viele Abende und Wochenenden, um Sachsen voranzubringen. Und es entstand unter aktiver Mitwirkung unserer MdB und MdL, die ihre politischen Erfahrungen und ihre bereits im Sächsischen Landtag und Deutschen Bundestag aktiv vertretenen Anträge und Gesetzesvorhaben thematisch angepasst mit einbrachten.

Dieses Programm mit Leben zu erfüllen, dafür stehen wir ab 1. September 2019 bereit.

Denn: Die AfD Sachsen, obwohl erst im April 2013 gegründet, hat bereits zweimal Historisches geschafft: 2014 den ersten Landtagseinzug eines Landesverbands und 2017 das beste Bundestagswahlergebnis vor der CDU. Wir haben jetzt, 2019, zum dritten Mal die Chance, Historisches zu schaffen: Wir können die Regierung eines Bundeslands stellen. Und das müssen wir auch in einem Land, das sich seiner Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung rühmt – die aber die CDU-geführte Bundesregierung seit 2015 außer Kraft gesetzt hat! Dieses Land müssen und werden wir uns zurückholen!

330 holen

Wir sind die Alternative zu einer Partei, die alle Ideale vom November 1989 vergessen hat.

Wir sind die Alternative zu einer Partei, die die Begriffe Freiheit, Demokratie und Wohlstand zu Worthülsen verkommen ließ, weil sie Menschen und deren Leistungen nur nach ihrem Marktwert beurteilte und das Volk der Wirtschaft und der Bürokratie unterordnete.

335	Wir sind die Alternative zu einer Partei, die alle konservativen, patriotischen und freiheitlichen
336	Inhalte über Bord warf, um sich sämtlichen anderen Parteien anzudienen, und die damit Machterhalt
337	vor Politik setzte.
338	Unser Programm ist kein Programm, das wir allein umsetzen können. Dazu brauchen wir Sie, die
339	Bürger, alle redlichen Sachsen! Wir rufen Sie auf:
340	
341	"Trau Dich Sachsen"!
342	Trau Dich zu gestalten, trau Dich aktiv zu sein, trau Deinem Mut!
343	Sachsen kann mehr! Wir werden es beweisen.

2 WIRTSCHAFT; STEUERN UND HAUSHALTSPOLITIK

345	2.1 Finanzpolitik
346	Sachsen ist das Bundesland mit der geringsten Pro-Kopf-Verschuldung und hat eine Schuldenbremse
347	eingeführt – die einzige Vision, die bislang entwickelt wurde. Wir sind für eine nachhaltige Finanzpoli-
348	tik, die auf eine Vermeidung von Neuverschuldung zielt, aber auch flexibel auf kommende Krisen
349	reagieren kann. In diesem Sinne fordern wir:
350	2.1.1 Mehr Souveränität für Sachsen – Regionale Förderung braucht keinen
351	Umweg über Brüssel
352	Die für die EU-Finanzierung ausgegebenen Mittel müssen von den insgesamt eingenommenen Steu-
353	ern finanziert werden. Von der EU verwaltete Fördertöpfe verschlingen Unsummen an Verwaltungs-
354	kosten und widersprechen dem Subsidiaritätsprinzip. Sächsische Kommunen leiden wie viele andere
355	in Deutschland an einer dramatisch schlechten Finanzausstattung und hohen Schulden.
356	Wir wollen, dass Gelder für regionale Förderung regional, mindestens aber national verwaltet wer-
357	den. Verwaltungskosten sind dafür nicht auf die EU-Ebene auszulagern. Vergabeverfahren sind zu
358	vereinfachen.
359	2.1.2 Haushalt auf Kernaufgaben reduzieren
360	Der Haushalt muss seriös aufgestellt, einmalige Effekte dürfen nicht als Wahlgeschenke verteilt wer-
361	den. Behörden sind insbesondere beim Führungspersonal zu verschlanken.
362	Die AfD fordert, sämtliche Ausgaben – außer die für Bildung und für Innere Sicherheit - zu überprü-
363	fen, denn eine Rezession kann zu drastischen Einsparungen zwingen.
364	2.1.3 Kommunen stärken – Bürger entlasten
365	Die Kommunen in Deutschland haben durch eine verfehlte Regierungspolitik immer neue Aufgaben
366	übertragen bekommen, ohne dass die Zuweisungen kostendeckend erhöht wurden. In Sachsen ist
367	die Verschuldung des Freistaates niedriger als in den Kommunen. Durch die Erhöhung der Zuweisun-
368	gen können die Kommunen auf höhere Steuern und Anliegerbeiträge verzichten und die Bürger da-
369	mit entlasten.
370	Die AfD will eine Erhöhung der staatlichen Zuweisungen an die Kommunen.
371	2.1.4 Eigentum fördern – Eigentum sichern
372	Drei von vier EU-Bürgern wohnen in der eigenen Wohnung oder dem eigenen Haus, in Deutschland
373	jeder Zweite, nur in Sachsen ist es gerade jeder Dritte. Dies ist die niedrigste Quote in Deutschland.

- 374 Wir wollen den sächsischen Bürgern ihre Städte und Dörfer zurückgeben, wollen Eigentum in Stadt 375 und Land fördern, Bürger an den Freistaat binden und Tradition fortführen. 376 2.1.5 Strafbarkeit für Steuerverschwendung und Missmanagement 377 Der Fall Sachsen LB zeigt, dass im - politisch besetzten - Verwaltungsrat und im Vorstand grundlegen-378 de Regeln der Unternehmensführung verletzt wurden. Es ist ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass 379 Entscheidungsträger mit der Übernahme einer Funktion auch eine persönliche Verantwortung über-380 nehmen müssen. 381 Wir wollen den Landesrechnungshof ermächtigen, Sanktionen zu verhängen. Hierzu soll neben den 382 strafrechtlichen Verfahren auch eine Haftung ohne Amtshaftungsprivileg eingreifen, die der Landes-383 rechnungshof per Bescheid feststellen kann. Diese Bescheide können bei der Finanzgerichtsbarkeit 384 angefochten werden. 2.2 Steuerpolitik 385 2.2.1 Grundsteuern abschaffen statt Bürger belasten 386 Die geplante Grundsteuerreform wird zu einer Mehrbelastung der Bürger führen. Der ländliche Raum 387 388 wird davon höher betroffen sein als Großstädte. 389 Wir fordern daher die Abschaffung der Grundsteuer und Ausgleich durch höhere Zuweisungen an die 390 Kommunen. Höhere Zuweisungen entlasten auch Kommunen und ermöglichen die Instandhaltung. 391 Straßenanliegerbeiträge können für die Bürger entfallen. 2.2.2 Wiedereinführung der Vermögenssteuer verhindern 392 Die Grundsteuerreform ermöglicht auch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Die Vermö-393 394 genssteuer würde bereits versteuertes Vermögen erneut jährlich belasten. Der Bürger muss entlas-
- 395 tet und nicht zusätzlich belastet werden.
- 396 Wir wollen eine zusätzliche Substanzsteuer verhindern.
- 397 2.2.3 Gewerbesteuer vereinfachen
- 398 Die Kommunen in Sachsen haben die dritthöchsten Gewerbesteuerhebesätze in Deutschland.
- 399 Wir wollen die Hebesätze senken, um die Neuansiedlung von Unternehmen und den Erhalt von an-
- 400 sässigen Unternehmen zu gewährleisten. Die Berechnung der Gewerbesteuer ist zu vereinfachen, das
- 401 komplizierte System der Hinzurechnungen und Kürzungen abzuschaffen.
 - 2.3 Mittelstandspolitik

- 403 Die AfD Sachsen sieht in einem gesunden Mittelstand, welcher die meisten Arbeitsplätze schafft, die
- 404 Grundlage einer leistungsfähigen und erfolgreichen Wirtschaft und lehnt die Subventionierung von
- Leuchtturmprojekten ab. Wirtschaftspolitik ist für uns in erster Linie eine gute Politik für Handwerk

- und Mittelstand. Sachsen soll wieder der Innovationsmotor in Deutschland werden. Unser Ziel ist es,
 Unternehmensgründungen zu vereinfachen und den Gründergeist wieder aufleben zu lassen. Mut
 zum eigenen Unternehmen wird von uns geachtet und nicht behindert. Wie in anderen Ländern auch
 sollen in Sachsen Sonderwirtschaftszonen entstehen. In diesem Sinne fordern wir:
- 410 2.3.1 Sachsens Gründergeist neu entfachen
- Sachsens Mittelstand ist in die Lage zu versetzen, konkurrenzfähig zu arbeiten und zu produzieren.
- Sächsische Wirtschaftspolitik für sächsische Unternehmer wird den Unternehmergeist wieder we-
- cken und bestehenden Unternehmen einen sicheren Rahmen bieten.
- Die AfD will bürokratische Hindernisse beseitigen, Infrastruktur schaffen und nicht von Dritten die
- Wirtschaftspolitik diktieren lassen. Bürgschaften und Wagniskapital werden gezielt unseren sächsi-
- schen Unternehmen zur Unterstützung bereitgestellt. Wir wollen keine Leuchtturmpolitik, sondern
- 417 ein Meer von Gründern. Die Fonds für einen Gründerwettbewerb, der die Besten von der Idee bis zur
- 418 Entwicklung ihres Konzeptes unterstützt, wollen wir bündeln.
- 2.3.2 Stärkung des Handwerksmeisters Qualität aus Sachsen
- 420 Die Senkung des Bildungs- und Ausbildungsniveaus, der Verzicht auf die Meisterpflicht in vielen Be-
- 421 reichen und die Abschaffung des deutschen Diplomes haben die Marke Made in Germany beschä-
- 422 digt.
- 423 Wir fordern die Rückkehr zur Meisterpflicht und die Wiedereinführung des deutschen Diplomes. Dies
- 424 führt zu mehr Wettbewerbsgerechtigkeit, fairen Marktbedingungen und stärkt das deutsche Hand-
- werk und die Industrie. Die Marke Qualität in Sachsenwird für Bildung, Ausbildung und Handwerks-
- 426 kunst stehen.
- 427 2.3.3 Sachsen für Sachsen
- 428 Öffentliche Aufträge sollen vorrangig regional vergeben werden. Arbeitsplätze müssen vor Ort ent-
- 429 stehen. Unternehmen in Sachsen bieten unseren Bürgern Arbeit, Lohn und einen wichtigen Grund
- 430 hier zu leben. Der sächsische Mittelstand muss gesund wachsen und kann dann seine Arbeitnehmer
- 431 daran beteiligen.
- 432 2.3.4 Schluss mit der Sanktionspolitik
- 433 Historisch und lagebedingt sind unsere sächsischen Unternehmen nach Osteuropa und Russland ori-
- 434 entiert. Die Sanktionspolitik der Bundesregierung führte zum Wegfall wichtiger Märkte und Partner.
- Die AfD will ein Ende der einseitigen Sanktionspolitik gegen Russland und andere Staaten. Wir wollen
- die sichere Versorgung mit Rohstoffen unseres Landes und unserer Unternehmen. Wir wollen siche-
- 437 ren Handel mit allen Ländern.

2.3.5 Sonderwirtschaftszonen

- 439 China hat einen rasanten wirtschaftlichen Aufstieg geschaffen. Dies war möglich durch Sonderwirt-
- schaftszonen und gezielte staatliche Unterstützung.
- Die AfD will in grenznahen und industrieschwachen Regionen wie der Lausitz, dem Erzgebirge und
- dem Vogtland Sonderwirtschaftszonen einrichten. Diese können von vereinfachten Regulierungen
- profitieren und als Musterregionen für andere Gebiete bei möglichen Krisen dienen. Der erzwungene
- 444 Kohleausstieg und der erzwungenen Wechsel zur Elektromobilität können so in Chancen umgewan-
- 445 delt werden.

438

446 2.3.6 Abbau von Überregulierung

- Nahezu alle Unternehmen leiden unter einer Unzahl von nationalen und zunehmend europäischen
- Vorschriften und Gesetzen, die ihre Tätigkeiten regulieren. Diese Gesetzesflut belastet insbesondere
- 449 kleinere Unternehmen. Der Staat soll generelle Richtlinien erlassen, auf etwaige Detailregelungen
- 450 jedoch verzichten.
- 451 Die AfD will den Unternehmern und Bürgern mehr Eigenverantwortung zugestehen.

452 3 GELD- UND WÄHRUNGSPOLITIK

Die AfD in Sachsen setzt sich auch auf Landesebene für eine solide Geld- und Währungspolitik mit den ihr diesbezüglich zur Verfügung stehenden Möglichkeiten in den entsprechenden parlamentarischen Gremien ein. Denn eine solide Geld- und Währungspolitik ist die Basis für die gedeihliche wirtschaftliche Weiterentwicklung und damit den Wohlstand in Sachsen. Sie unterstützt die diesbezüglichen Maßnahmen und Ziele des Grundsatz- und Europa-Wahlprogramms der AfD, zu denen insbesondere gehören:

3.1 Beendigung der Sparer und Rentner enteignenden Politik der EZB

- Die EZB sollte eine zweite Deutsche Bundesbank sein. Stattdessen betreibt sie eine Währungspolitik der unwirtschaftlichen Zinsen (Nullzinspolitik). Dies zerstört alle kapitalgedeckten Alterssicherungssysteme von Betriebsrenten, über staatlich geförderte Rentensysteme, private Lebensversicherungen bis zu privaten Sparvermögen. Seit dem Amtsantritt von EZB-Präsident Draghi fehlen den Deutschen mehr als 500 Mrd. Euro für ihre Altersvorsorge.
- 465 Alle Maßnahmen der EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen eingestellt werden.
- Diese suprastaatliche Rettungspolitik verletzt geltendes Recht, darunter das Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB und das Verbot der Haftung für Schulden anderer Mitgliedstaaten (Art. 123 und 125 AEUV). Die Rettungspolitik bricht alle den Wählern seit den 1990er Jahren

469 gegebenen Zusicherungen zur "niemals zugelassenen Haftung Deutschlands für Fremdschulden".

Hierzu zählt auch, dass im Zahlungsverkehr der Euro-Zone der Ausgleich der offenen Target-Salden zwischen den Nationalbanken wie bis 2007 wieder direkt und taggleich stattfinden muss, um den Anstieg von nicht realisierbaren Forderungen bei der Deutschen Bundesbank zu vermeiden. Derzeit hat die Deutsche Bundesbank offene Forderungen in Höhe von fast 1.000 Milliarden Euro gegenüber der EZB, deren Beitreibung mangels hinterlegter Sicherheiten ungewiss und juristisch nicht einmal durchsetzbar ist.

Die AfD fordert die Durchsetzung der vertraglichen Verbote der Staatsfinanzierung durch die EZB und der Vergemeinschaftung der Schulden sowie eine Rückführung der Befugnisse der EZB auf reine Geldpolitik, keine Umwandlung des ESM in einen europäischen Währungsfonds und ein sukzessives

480 Ende der EZB-Anleihenkaufprogramme und der "Rettungs"-Programme über EFSF und ESM.

Die AfD fordert die Bundesregierung und die Deutsche Bundesbank auf, die bislang geduldete Überbeanspruchung des Verrechnungskontos "Target 2" zu beenden. Die hoch ausbuchungsgefährdeten Target 2 - Forderungen der Deutschen Bundesbank sind abzuschmelzen, angemessen zu verzinsen

und mit Sicherheiten (Gold, Devisenreserven oder anderer Staatsbesitz) zu unterlegen.

3.2 Erhalt des Bargelds

485

- Bargeld ist Freiheit. Diese Freiheit ist in Gefahr. Mit Unterstützung von Bundesregierung, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank wird seine schleichende Abschaffung vorbereitet.
- Mit der Abschaffung des Bargelds würde die Rolle des Geldes als unantastbarer und gebührenfreier Wertspeicher eingeschränkt. Eine Abschaffung des Bargelds macht für den Krisenfall die Enteignung von Kontoinhabern möglich. Bargeld ist ein natürliches Bollwerk gegen eine weitere Absenkung der
- 492 Zinsen bis in den negativen Bereich.
- Ein Bargeldverbot würde bedeuten, dass Zahlungsvorgänge nur noch elektronisch stattfinden können. Dies eröffnet Staat und Banken die totale Kontrolle über alle Geldströme und Wirtschaftsaktivitäten, über jede finanzielle Handlung der Bürger, unter Umständen sogar über deren Aufenthaltsorte. Aus dem gläsernen Bankkunden würde der gläserne Mensch Vollüberwachung bis hinein in private, ja intime Lebensbereiche. Mit einem freiheitlichen Rechtsstaat sind solche Kontrollmög-
- 498 lichkeiten nicht vereinbar. Darüber hinaus sind elektronische Systeme, wie viele Beispiele zeigen,
- 499 nicht manipulationssicher.
- 500 Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung als wichtiges bürger-
- 501 liches Freiheitsrecht.

3.3 Keine deutsche Haftung für EU-Banken, Mittelstandsfinanzierung stärken

Die AfD verlangt, dass die Bundesregierung sich gegen jede Weiterverfolgung der sogenannten Europäischen Bankenunion und die von der EU-Kommission vorgeschlagene Europäische Einlagensicherung (EDIS) stellt. Mit der Europäischen Bankenunion würden auch die bisher nur kommunal verankerten deutschen Sparkassen, Genossenschaftsbanken und die deutsche private Bankenwirtschaft der EU-Umverteilung unterworfen. Die EDIS wäre mit mehreren Billionen Euro der größte gemeinschaftliche Haftungstopf der EU. Durch diese Vergemeinschaftung würden deutsche Sparer und Bankkunden mit ihrem Einlagengeld für marode Banken in den Mittelmeerländern haften, die bereits heute über 900 Milliarden Euro an uneinbringlichen Kreditforderungen auf den Bilanzen haben. Dies wäre ein weiterer Schritt in die von der AfD abgelehnte vertiefte Haftungs- und Transferunion.

512513

514

515

502

503

504

505

506

507

508

509

510

- Die AfD verlangt, dass die deutschen Banken etwaige Haftungen nur auf die nationale Ebene begrenzen und wie bisher eigene Haftungs- und Einlagensicherungs-Verbundlösungen schaffen können, die den unterschiedlichen Profilen der deutschen Bankengruppen Rechnung tragen.
- Dies sind in Deutschland primär die ausschließlich regional tätigen und örtlich verankerten Sparkassen, Genossenschaftsbanken und regionalen Förderinstitute, als historisch gewachsene wichtige Säulen des deutschen dreigliedrigen Bankensystems (bestehend aus den Sparkassen, Genossen-

519	schaftsbanken und privaten Banken), mit ihren seit Jahrzehnten eigenständigen soliden und bewähr-
520	ten bankengruppenspezifischen Institutssicherungs- und Haftungseinrichtungen. Diese bedürfen
521	keiner Vergemeinschaftung. Die regionalen deutschen Förderbanken, Sparkassen und Genossen-
522	schaftsbanken sind unverzichtbare Träger der örtlichen Kreditversorgung. Sie sichern die Finanzie-
523	rung des regionalen Mittelstandes, der das Rückgrat der sozialen Marktwirtschaft und damit des
524	Wohlstandes in unserem Lande und der sächsischen Wirtschaftskraft darstellt.
525	Wir treten dafür ein, die nationale Souveränität über die Banken- und Finanzdienstleistungen wie-
526	derherzustellen, die regionalen Banken und Finanzplätze zu erhalten und zu stärken; denn dieser
527	Wirtschaftsbereich ist für ein reibungsloses Funktionieren unserer Volkswirtschaft und für Sachsen
528	lebenswichtig.
529	Die AfD wendet sich gegen jeden Versuch einer europäischen Vergemeinschaftung von Haftungs-
530	risiken, insbesondere aus Bankgeschäften. Die AfD verlangt, die Haftung deutscher Banken und damit
531	der deutschen Bürger und Sparer für andere EU-Banken weiterhin auszuschließen und die rein regio-
532	nal tätigen Banken (wie z.B. Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Deutschland) zu stärken.
533	3.4 Mit uns ist Ihr Geld sicher: Absicherung der Bürger gegen die Eurokrise
534	Der Euro ist für ein Wirtschaftsgebiet mit derzeit 19 völlig unterschiedlich leistungsfähigen Volkswirt-
535	schaften eine Fehlkonstruktion und kann in der Form ökonomisch nicht funktionieren.
536	Dies zeigt sich deutlich darin, dass nach neunzehn Jahren Spannungsaufbau die Gemeinschafts-
537	währung nur noch über permanente und weitgehend deutsche Haftungsübernahmen aufrechterhal-
538	ten werden kann. Dies ist keine Basis für die gedeihliche Entwicklung der Volkswirtschaften der Euro-
539	länder.
540	Die Euro-Krise ist ein systemisches Problem und kann daher auch nur systemisch gelöst werden.
541	Die Lösung besteht in der Wiedereinführung der nationalen Währungen, in denen sich die Leistungen
542	ihrer jeweiligen Volkswirtschaften widerspiegeln, unter ggf. paralleler Beibehaltung des Euro.
543	Deutschland muss auch in einem plötzlichen währungspolitischen Krisenfall handlungsfähig sein.
544	Wir wollen deshalb für die Wiedereinführung einer neuen nationalen Währung ("Deutsche Mark")
545	rechtzeitig auch gesetzliche Vorkehrungen treffen.
546	
547	Bei der Wiedereinführung der Deutschen Mark könnte Deutschland das teilweise im Ausland gela-
548	gerte Staatsgold als temporäre Deckungsoption benötigen.
549	Die AfD fordert die Bundesregierung und die Deutsche Bundesbank auf, das im Ausland gelagerte

Gold vollständig und umgehend nach Deutschland zu überführen

4 INNERE SICHERHEIT; JUSTIZ UND DATENSCHUTZ

552	4.1 Die Polizei sachlich, personell und finanziell besser ausstatten
553	Durch den steten Personalabbau bei den Gerichten, bei den Staatsanwaltschaften und bei der Polize
554	sind diese Institutionen kaum noch in der Lage, die ihnen übertragenen Aufgaben in vollem Umfang
555	wahrzunehmen.
556	Die Folge sind, überlange Strafverfahren mit milden Urteilen bis hin zu Verfahrenseinstellungen
557	überlange Ermittlungsverfahren sowie Entlassungen dringend tatverdächtiger Straftäter aus der Un-
558	tersuchungshaft.
559	Daher muß die Personaldecke verstärkt und die sichtbare Polizeipräsenz im öffentlichen Raum, von
560	allem in ländlichen und grenznahen Regionen, deutlich gestärkt werden.
561	Die AfD tritt für eine Sicherheitspolitik nach Gefahrenlage und nicht nach Kassenlage ein.
562	Grenzüberschreitende Kriminalität erfordert effektivere grenzüberschreitende polizeiliche Zusam-
563	menarbeit. Polizeiliche Videoüberwachung darf nicht stigmatisiert werden, ist aber nur im Interesse
564	des Bürgers und maßvoll einzusetzen.
565	4.2 Unabhängigkeit der Justiz stärken - Weisungsfreie Staatsanwälte,
566	unabhängige Richter und parteiferne Rechnungshöfe
567	Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf das Ernennen von Richtern und Staatsan-
568	wälten beenden. Die Unabhängigkeit der dritten Gewalt muss durch eine Selbstverwaltung der Justiz
569	ausgebaut werden, wie es in vielen anderen europäischen Ländern bereits üblich ist. Insbesondere
570	die Verfassungsgerichte und Rechnungshöfe sind vor parteipolitischer Einwirkung zu schützen.
571	Wir unterstützen daher den Modellvorschlag des Deutschen Richterbundes, einen Justizwahlaus-
572	schuss und einen Justizverwaltungsrat einzurichten.
573	4.3 Keine Strafrechtsreform, Mord muss strafrechtlich ein Mord bleiben
574	Seit Jahrzehnten können die Strafverfolgungsbehörden verlässlich mit einem rechtsstaatlichen Straf-
575	rechtsinstrumentarium arbeiten, um Mörder und Totschläger zu verfolgen, anzuklagen und abzuur-
576	teilen.
577	Die AfD sieht keinen Bedarf für eine Reform des Strafrechts bei Mord und Totschlag. Mord muss
578	strafrechtlich ein Mord bleiben.
579	4.4 Einfach gelagerte Strafverfahren zeitlich straffen
580	Die AfD will die sächsischen Staatsanwaltschaften ermutigen, das in der Strafprozessordnung vorge-

581

sehene beschleunigte Verfahren verstärkt einzusetzen, so dass zwischen Tat und Urteil nur wenig

Zeit vergeht. Durch die zeitliche Straffung einfach gelagerter Strafverfahren kann die erzieherische

Wirkung gerade auch bei Jugendlichen und Heranwachsenden besser zur Geltung kommen.

Die AfD setzt sich dafür ein, das beschleunigte Verfahren auch auf das Jugendstrafrecht auszuweiten.

4.5 Moderne und transparente Verfahrensbearbeitung in den Behörden

Die AfD steht einem Informationsfreiheitsgesetz offen gegenüber. Der Anspruch des Bürgers auf eine bürgernahe und transparente Verfahrensbearbeitung und Erledigung bei den Gerichten, Staatsanwaltschaften, der Polizei und Verwaltung soll verbessert und gestärkt werden. Dazu wollen wir ortsnahe Gerichte, ortsnahe Staatsanwaltschaften und ortsnahe Polizeidienststellen. Letzteres gilt vor allem auch für die Grenzregionen mit zunehmender Kriminalitätsbelastung durch Diebstähle und Drogenschmuggel.

Personalmangel in der Justiz hat auch nachteilige Folgen für Arbeitsplätze: Können Unternehmen vor den Zivilgerichten ihre Ansprüche erst nach jahrelang andauernden Rechtsstreitigkeiten durchsetzen, kann dies deren wirtschaftliche Existenz kosten. Eine leistungsfähigere Justiz stellt daher einen nicht zu unterschätzenden Standortvorteil für ansiedlungswillige Unternehmen im Freistaat Sachsen dar.

Die AfD will den Anspruch des Bürgers auf eine bürgernahe und transparente Verfahrensbearbeitung und Erledigung bei den Gerichten, Staatsanwaltschaften, der Polizei und Verwaltung verbessern und stärken. Dazu wollen wir ortsnahe Gerichte, ortsnahe Staatsanwaltschaften und ortsnahe Polizeidienststellen, gerade auch für die Grenzregionen mit zunehmender Kriminalitätsbelastung durch Diebstähle und Drogenschmuggel. Wir stehen einem Informationsfreiheitsgesetz offen gegenüber.

4.6 Organisierte Kriminalität nachhaltig bekämpfen

Die organisierte Kriminalität (OK) muss nachhaltiger bekämpft werden. Dazu gehört, Gewinne aus Straftaten konsequent abzuschöpfen und folgerichtig die bereits bestehenden rechtlichen Instrumente des Verfalls und der Einziehung zu nutzen. Da die Mehrzahl der Täter im Bereich der organisierten Kriminalität Ausländer sind, muss vereinfacht werden, sie auszuweisen.

Die AfD will für diesen Personenkreis bei entsprechendem Verdacht die OK-Zugehörigkeit als Ausweisungsgrund einführen.

4.7 Einführung von Personen- und Güterkontrollen an sächsischen

Außengrenzen

Die Auflösung der stationären Grenzkontrollen, bedingt durch das Schengener Abkommen, entspricht nicht dem Sicherheitsbedürfnis der sächsischen Bevölkerung. Unkontrollierte Einwanderung oder Schleusungsaktivitäten sowie grenzüberschreitende Kriminalität sind an der Tagesordnung und müssen wirksam begegnet werden.

- Aus diesem Grund fordert die sächsische AfD die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den vor-
- 615 handenen Grenzübergangsstellen, ebenso eine Überwachung der "grünen Grenze".
- 616 Dies würde auch eine Verbesserung bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität unter Beachtung
- der besonderen Grenzlage Sachsens bedeuten. Denn Rauschgiftkriminalität ist Kontrollkriminalität,
- d.h. deren Aufdeckung bzw. Verfolgung ist abhängig von Kontrollen und Ermittlungen im Deliktbe-
- 619 reich. Der festzustellende drastische Anstieg im gesamten Spektrum der Drogenkriminalität ist ver-
- 620 mutlich nur die Spitze des Eisbergs, denn trotz personeller Engpässe wurden die Kontrollen verstärkt
- 621 mit dem Ergebnis ansteigender Deliktzahlen. Das beweist, dass die Drogenkriminalität bisher poli-
- 622 tisch unterschätzt wurde.

623

630

4.8 Geschäftsmäßige Abmahnungen bekämpfen

- Auch wenn dies der Bundesgesetzgebung unterliegt, will die AfD das Geschäftsmodell geschäftsmä-
- 625 ßiger Abmahnungen bekämpfen, die nicht nur Mittelständlern und Geschäftsinhabern, sondern auch
- Privatleuten und Kommunen teuer zu stehen kommen.
- Die AfD fordert, dass für ein erstes Abmahnungsschreiben ein Kostenerstattungsanspruch gegen den
- Abgemahnten nicht mehr geltend gemacht werden kann. Der Abgemahnte hat so die Möglichkeit,
- den angeblichen Verstoß kostenneutral zu beseitigen.

4.9 Opferschutz statt Täterschutz

- 631 Statt den Täterschutz immer weiter ausufern zu lassen, will die AfD den Fokus wieder darauf richten,
- den Opferschutz sachorientiert zu verbessern. Nicht therapierbare alkohol- und drogenabhängige
- 633 sowie psychisch kranke Täter, von denen erhebliche Gefahren für die Allgemeinheit ausgehen, sind
- 634 nicht in psychiatrischen Krankenhäusern, sondern in der Sicherungsverwahrung unterzubringen.
- 635 Lockerungen und Urlaube im Strafvollzug dürfen nur mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft möglich
- 636 sein. Der erhebliche Anteil von Ausländern gerade im Bereich der Gewalt- und Drogenkriminalität
- 637 begegnet derzeit nur halbherzigen ausländerrechtlichen Maßnahmen, insbesondere können sich
- 638 ausländische Kriminelle sehr häufig auf Abschiebungshindernisse berufen und sind auf diese Weise
- 639 vor Abschiebung sicher.
- Die AfD will die Ausweisungsvoraussetzungen herabsetzen und das Ausweisung verfahren straffen,
- indem die Strafgerichte die Ausweisung von Kriminellen schon zugleich mit dem Strafurteil ausspre-
- chen. Ferner sind gesetzliche Abschiebungshindernisse zu entschärfen. Außerdem sind durch Verein-
- barung mit ausländischen Staaten Aufnahmekapazitäten für sonst nicht abschiebbare Personen au-
- 644 ßerhalb Deutschlands zu schaffen, ggf. muss für gefährliche Kriminelle Sicherungshaft verhängt wer-
- 645 den können.
- Die AfD fordert, die Einbürgerung Krimineller zuverlässig zu verhindern, den Anspruch auf Einbürge-
- rung abzuschaffen, den früheren Status Quo des Abstammungsprinzips, das bis 2000 galt, wieder

648	einzuführen sowie den Verlust der Staatsbürgerschaft bei bestimmten Tatbeständen im Rahmen
649	geltenden Rechts zu forcieren.
650	4.10 Bürgerentscheide über Moscheebauten
651	Die AfD bekennt sich zur Religionsfreiheit nach Artikel 4 GG. Die freie Religionsausübung für Muslime
652	ist in Sachsen gewährleistet, daher lehnt die AfD Moscheebauten, besonders mit Minarett, ab.
653	Solche und andere Sakralbauten die tief in das Stadtbild eingreifen, müssen von der ansässigen Be-
654	völkerung akzeptiert werden. Entsprechende Bürgerproteste sind legitim und zeigen den Bürgerwil-
655	len. Aus diesem Grund fordert die AfD, die Bürger künftig frühzeitig mit einzubeziehen, gegebenen-
656	falls über Bürgerentscheide.
657	Willkürentscheidungen über die Köpfe der Bürger hinweg bereiten nur den Nährboden für Gewalt,
658	Politikverdrossenheit und Extremismus.
659	4.11 Moscheeverbände /-vereine überwachen
660	Die AfD will eine Demokratieerklärung für Moscheevereine einführen, in der sie sich zu unserem
661	säkularen Staat, zur Religionsfreiheit und zum Gewaltverzicht bekennen. Bei Verweigerung verliert
662	der Moscheeverein jedwede rechtliche Legitimation.
663	Die AfD fordert, in dieser Erklärung auch die Finanzierung dieser Vereine offenzulegen und in wel-
664	chem Verhältnis sie zu internationalen Organisationen oder Organisationen ausländischer Staaten
665	stehen.
666	4.12 Vermummungsverbot bei Demonstrationen / allgemeines
667	Verschleierungsverbot
668	Wer friedlich demonstriert bzw. mit dem Aufzug sein demokratisches Recht wahrnimmt, benötigt
669	keine Vermummung. Gerade der Links-Autonome Bereich will sich in der Anonymität einer staatli-
670	chen Verfolgung entziehen. Wir wollen den §17a Versammlungsgesetz bei allen öffentlichen Veran-
671	staltungen oder Aufzügen durchsetzen.
672	Die AfD tritt zugleich für ein generelles Verbot der religiösen Gesichts- bzw. Vollverschleierung im
673	öffentlichen Raum ein. In einer offenen Gesellschaft ist es üblich, sein Gesicht zu zeigen. Wer in die-
674	ser offenen Gesellschaft leben möchte, muss sich auch den hiesigen Gepflogenheiten anpassen, was
675	gleichzeitig ein Zeichen der Migranten für Integrations- und Toleranzwilligkeit darstellt.
676	4.13 Gegen Extremismus und Terrorismus / für unabhängigen
677	Verfassungsschutz

Die AfD sagt jedwedem Extremismus und dem Terrorismus den Kampf an. Ideologisch motivierten

Extremisten begegnet die AfD ebenso mit Null Toleranz wie Hasspredigern, die unsere Demokratie,

678

unsere Gesellschaft mit ihren Sitten und Bräuchen, in Frage stellen. Dazu benötigen wir einen effizient und unabhängig agierenden Verfassungsschutz mit den dazugehörigen Grundlagen.

4.14 Verbesserte Bedingungen für Feuerwehr, Rettungsdienst und

Katastrophenschutz

Die AfD fordert, dass der Brand- und Rettungsdienst sowie der Katastrophenschutz für die Zukunft gerüstet werden und als Teil der gesamtstaatlichen Sicherheitsfürsorge wieder mehr im Focus stehen.

Die Aufgabe muss sein, die Sicherheit der Bürger nicht nur in den Ballungsräumen, sondern auch im ländlichen Bereich nicht nur auf jetzigem Niveau zu halten, sondern zu verbessern. Die Politik muss sich ihrer Aufgabe und Verantwortung wieder bewusst werden und nicht diese immer weiter auf die unterfinanzierten Kommunen und deren Bürger abwälzen. Seit vielen Jahren schon wurden Änderungen und Verbesserungsvorschläge in diesem Bereich an die Politik herangetragen, jedoch ohne nachhaltigen Erfolg.

Die AfD will aus diesem Grund den Bevölkerungsschutz vor großen Katastrophen sowie den Rettungsdienst weiter stärken und dem ehrenamtlichen Engagement als eine der tragenden Säulen im Brand- und Katastrophenschutz eine nachhaltige öffentliche und wirtschaftliche Anerkennung der geleisteten Arbeit gewähren. Denn die Aktiven verrichten einen angesehenen Dienst, nicht nur im Brand- und bei Unglücksfällen. Deshalb ist die Ausstattung der Wehren mit modernster Technik von großer Bedeutung. Auch bei den Wehren muß, wie bisher schon beim Katastrophenschutz gerade im ländlichen Bereich, die Zugehörigkeit attraktiv gestaltet werden. Dazu zählt neben der finanziellen Absicherung der Feuerwehrleute auch ein entsprechender Anreiz für die Arbeitgeber, die bei einem Einsatz mitunter für Stunden auf diese Mitarbeiter verzichten. Die Tageseinsatzsicherung der Feuerwehren muss auch ländliche Gebiete abdecken. Der Brand- und Katastrophenschutz ist in freien Projekten in den Schulunterricht einzubinden.

5 FAMILIE UND DEMOGRAFIE

5.1 Stabile Familien mit Kindern sind unsere Zukunft

Die Alternative für Deutschland leugnet den menschengemachten demografischen Wandel nicht, der langfristig den Erhalt unseres Gemeinwesens bedroht. Wir beschränken uns aber nicht darauf, nur seine Folgen zu beklagen, sondern wollen seine Ursachen bekämpfen, vor allem den ideologiegetriebenen Wertewandel und die strukturelle Benachteiligung von Familien in unserer Gesellschaft. Die meisten Familien in Sachsen leben ein traditionelles Familienmodell, eine verbindliche, dauerhafte Partnerschaft von Mann und Frau, die darauf angelegt ist, für das geborgene Aufwachsen eigener oder angenommener Kinder ein Schutzraum zu sein. Dieses Familienmodell, zu dem auch Trennungsfamilien gehören, bildet weit über 90% aller Familien ab und steht als Keimzelle der Gesellschaft und Grundlage unseres Staates zu Recht unter dem besonderen und unwandelbaren Schutz unserer Verfassung. Es bringt als einziges Familienmodell die künftigen Leistungsträger und Fachkräfte hervor, ohne die Deutschland keine wirtschaftliche Überlebensperspektive hat.

Die AfD will wirtschaftliche und rechtliche Benachteiligungen des Mehrheits-Familienmodells beseitigen. Sie wird darauf hinwirken, auch die ideelle Relativierung der Familie aus Mann, Frau und deren Kindern in der Öffentlichkeit und im Bildungsbereich zurückzudrängen.

Wir wollen Familien in ihrer individuellen Freiheit, Eigenständigkeit und Mitbestimmung stärken, indem wir langfristig ihre Steuer- und Abgabenlast senken und ihnen so Freiraum für mehr Kinder geben. Das ist für uns die nachhaltigste Form der Wirtschaftsförderung und Zukunftssicherung für Sachsen. Kurzfristig ist eine demografische Wende in Sachsen aber nur über landesspezifische Fördermaßnahmen erreichbar, über konkrete Ideen für eine echte Willkommenskultur für Kinder.

Alle Maßnahmen und Gesetze in Sachsen sollen – unter Beachtung des Primats der Elternverantwortung – die Bedürfnisse von Kindern nach Zeit, Zuwendung, Versorgung, Schutz, Entfaltungs- und Bildungschancen beachten und die Leistungen von Eltern für die Gesellschaft würdigen.

- Wir wollen verantwortliche Eltern mehr als bisher unterstützen und allen Kindern die Chance geben zu leben, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und in die Gesellschaft einzubringen.
- 734 Familie soll in Sachsen kein Armutsrisiko mehr sein!

735 5.2 Erfolgsmodell Familie fördern

Eine verbindliche, langfristige, beglückende Partnerschaft mit Kindern ist ungebrochen das wichtigste

Lebensziel der meisten jungen Deutschen. Viele zögern jedoch – auch angesichts erlebter Belastungen und Nachteile für Familien – die Familiengründung hinaus. Oft beginnen sie Familie zu spät, um noch mehrere Kinder großziehen zu können, bevor das eigene Alter Grenzen setzt.

740

741

744

737

738

739

- Die AfD strebt daher an, ein positives Bild des Lebensentwurfs Familie als Lehrinhalte in allen Schul-
- 742 formen zu verankern. Das im Grundgesetz Art. 6 gemeinte Leitbild der Familie aus Vater, Mutter und
- 743 Kindern soll wieder entsprechend der mehrheitlich gelebten Wirklichkeit im Mittelpunkt stehen.

5.3 Toleranz statt Akzeptanz anderer Lebensmodelle

- 745 Abweichende Lebensmodelle sollten nicht mehr Raum einnehmen, als sie im Alltagsleben haben.
- 746 Toleranz ist geboten, aber kein Kind soll zur Akzeptanz gedrängt werden. Die Hoheit über die Bewer-
- tung und Einordnung von Lebensmodellen und Formen der Sexualität ist mit Art. 22 der Sächsischen
- 748 Verfassung bei den Eltern zu belassen, bis die Kinder eigenes Interesse an diesen Themen entwickeln.

749

- 750 Die AfD lehnt jede Frühsexualisierung ab. Sexualerziehung an sächsischen Kindertagesstätten und
- 751 Schulen muss natürliche Schamgrenzen respektieren und die Kinder altersgerecht aufklären, ohne sie
- 752 zu überfordern.
- 753 Wir werden auf allen Ebenen Bestrebungen energisch entgegentreten, die Begriffe Abstammung,
- 754 Familie und Ehe umzudeuten, die für die im Grundgesetz definierten Grundrechte maßgeblich sind.
- 755 Jedes Kind hat das Recht, seine biologischen Eltern zu kennen und behütet aufzuwachsen.

756

- 757 Unsere Kinder sollen von Beginn an Achtung und Ehrfurcht vor dem Wunder des Lebens und Solidari-
- 758 tät mit Schwächeren lernen. Elementare Fähigkeiten zur Haushaltsführung, Selbstorganisation, Zeit-
- 759 management und Diskursfähigkeit sind zu trainieren, Sport, Teamgeist und musikalische Bildung in
- 760 der Schule zu fördern.

5.4 Schutz der Ungeborenen verbessern

- Jahr für Jahr verlieren mehrere tausend Kinder in Sachsen ihr Leben, bevor sie das Licht der Welt
- 763 überhaupt erblickt haben, weil ihre Mutter trotz Konfliktberatung keine ausreichende Unterstützung
- findet. Auf der anderen Seite verzweifeln viele Paare, weil sich bei ihnen kein oder kein weiterer
- 765 Nachwuchs einstellen will.

766

- 767 Die AfD will daher das Unterstützungsnetzwerk für Schwangere in Not ausbauen und ihnen helfen,
- 768 öfter als bisher für ihr Kind und sich selbst eine tragfähige Lebensperspektive zu finden. Wir werden
- 769 darauf hinwirken, den Informationsfluss zu adoptionswilligen Eltern zu erleichtern, so dass sich un-
- 770 gewollt schwangere Frauen eher darauf einlassen können, ihr Kind auf die Welt zu bringen.

Bei der Konfliktberatung selbst werden wir für mehr Transparenz sorgen, nach welchen Richtlinien die Beratung erfolgt, und ob diese Richtlinien in der Praxis entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes auch tatsächlich umgesetzt werden. Träger, die nachweislich eine Beratung für das Leben leisten, wollen wir mehr als bisher unterstützen. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass die bestehenden Gesetze zum Schwangerschaftsabbruch in der bisherigen Form erhalten bleiben.

5.5 Baby-Begrüßungsgeld für Sachsen

- In Sachsen werden immer noch deutlich zu wenige Kinder geboren, um den Bevölkerungsbestand und damit das Erbe unserer Kulturlandschaft und unserer gewachsenen Industrie- und Landwirtschaft zu erhalten. Dabei braucht Sachsen eigene, leistungsfähige Nachwuchskräfte, um Wohlstand und Tradition, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit in Mittelstand, im Handwerk und Dienstleistungswesen, aber auch in den sächsischen Schlüsselindustrien, langfristig zu sichern.
- Daher wollen wir ein sächsisches Baby-Begrüßungsgeld einführen und so diejenigen unterstützen, die
 Mut zu Kindern und Verantwortung als Eltern beweisen.

5.6 Landeserziehungsgeld deutlich ausbauen

- Die Sächsische Verfassung verpflichtet den Freistaat in Artikel 22 Absatz 2, Mütter besonders zu unterstützen, die ihre Kinder in der häuslichen Geborgenheit betreuen und erziehen und ihnen so eine sichere Bindung ermöglichen. Artikel 6 Grundgesetz definiert Grundrecht und -pflicht der Eltern, ohne staatliche Bevormundung allein über die Betreuung und Pflege ihrer Kinder zu entscheiden. Doch diese grundgesetzlich verbriefte Wahlfreiheit ist für die meisten Eltern nicht gewährleistet.
- Auch in Sachsen sind viele Eltern aus finanziellen Gründen gezwungen, ihre Kleinkinder tagsüber betreuen zu lassen, um die Familie mit zwei kleinen Einkommen selbst versorgen zu können.

Die AfD will daher die bisher erheblich benachteiligt elterliche Kleinkindbetreuung stärken, indem wir das Landeserziehungsgeld deutlich ausbauen. Es soll nicht wie bisher nur 150,-€ monatlich für ein Jahr betragen, sondern die freie Wahl der Betreuungsart für die ersten drei Lebensjahre der Kinder sicherstellen, insbesondere auch für weitere Kinder. So erleichtern wir aktiv berufstätigen Paaren die Entscheidung für Kinder, für unsere Fachkräfte, Steuer- und Beitragszahler von morgen.

Wir orientieren uns dabei am Bundeserziehungsgeld, wollen es aber deutlich besser machen. Das Landeserziehungsgeld soll 67% des letzten Jahresnettoeinkommens des betreuenden Elternteils vor dem ersten Kind betragen, mindestens jedoch 750,-€ und maximal 1.500,-€ pro Monat. Die bisherigen, niedrigen Einkommensgrenzen entfallen, so dass deutlich mehr Eltern als bisher Anspruch erhalten. Die Bezugsdauer endet erst mit dem dritten Lebensjahr des Kindes, nicht schon nach einem Jahr. Wenn sich mehr Eltern dafür entscheiden, ihre Kleinsten selbst zu betreuen, entlastet das zudem die

805 Personalsituation in sächsischen Kindertagesstätten.

Da das Landeserziehungsgeld aus sächsischen Steuermitteln finanziert wird, soll es nur für Eltern gewährt werden, die seit mindestens zehn Jahren die alleinige deutsche Staatsbürgerschaft und in

Sachsen ihren Hauptwohnsitz hatten. Damit wollen wir Sachsen auch demografisch stärken.

5.7 Qualität in Kindertagesstätten verbessern

- 810 Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Sie haben das Recht auf eine optimale, individuelle Betreuung,
- auch in den Kindertagesstätten. Daher treten wir für Betreuungsschlüssel nach international aner-
- kannten Standards ein. Dies sind 1:3 für Krippen- (U3), 1:7.5 für Kindergarten- (Ü3) und 1:12 für
- 813 Hortkinder. Auch unser verbessertes Landeserziehungsgeld wird hier zur Entlastung beitragen, da zu
- 814 erwarten ist, dass dann deutlich mehr Kleinkinder länger zu Hause betreut werden können.
- Unsere Kinder sollen ihre charakterlichen und motorischen Fähigkeiten frei entwickeln können. Sie
- brauchen dazu jedoch von Anfang an eine liebevolle Führung, mit festen Regeln und Grenzen, einen
- Rahmen, in dem sie sich sicher entfalten können.
- Die AfD will daher eine Neuausrichtung der frühkindlichen Bildung und Erziehung in Kindereinrich-
- 819 tungen.
- 820

832

806

807

808

809

- Wir sprechen uns klar gegen sogenannte "offene Konzeptionen" in Kindertagesstätten aus. Auf der
- 822 Grundlage bewährter Erfahrungen und objektiver Forschungsergebnisse, u. a. zur Bindung, soll wie-
- der die allgemeine Schulfähigkeit der Kinder, Kameradschaft und Achtsamkeit, die Freude am Lernen
- und eine gesunde Leistungsbereitschaft im Mittelpunkt stehen.
- 825 Wir wollen in Kitas ein sicheres Lernen der deutschen Sprache für alle Kinder gewährleisten, die auf
- 826 Dauer hier leben werden. Daher soll in sächsischen Kindertagesstätten die deutsche Sprache verbind-
- 827 lich sein. Der Anteil nichtdeutschsprachiger Kinder in Kita-Gruppen ist auf maximal zehn Prozent zu
- begrenzen, um eine gute Sprachentwicklung aller Kinder zu gewährleisten.
- 829 Kinder von Familien ohne dauerhafte Bleibeperspektive sind bei Bedarf in gesonderten Einrichtungen
- durch Muttersprachler zu betreuen, um bei ihrer Rückkehr in die Heimat keine Nachteile zu erleiden.
- Der Freistaat sollte hier nur den Rahmen schaffen, die Betreuung ist vordringlich Elternaufgabe.

5.8 Elternbeiträge begrenzen, Erzieherausbildung stärken

- 833 Die Elternbeiträge in Kindertagestätten wollen wir auf 20% der Vollkosten begrenzen, damit diese
- auch für einkommensschwache Familien erschwinglich bleiben. Langfristig wollen wir volle Wahl-
- freiheit bei der Kinderbetreuung herstellen, indem wir alle Betreuungsmodelle gleichwertig fördern.
- 836 Sachsen hat zu wenig Erzieher, ihre Ausbildung wird nicht vergütet, oft ist sogar Schulgeld zu zahlen.
- 837 Wir wollen die Erzieherausbildung durch staatliche Fachschulen fördern sowie ein angemessenes

838 Ausbildungsentgelt zahlen, um die Attraktivität des Erzieherberufs zu stärken. Die bereits hohen Qua-839 litätsstandards für die Erzieherausbildung in Sachsen sind zu erhalten. 840 Jedoch wollen wir die vorgeschaltete, zweijährige Sozialassistentenausbildung auf ein Jahr begrenzen 841 und – bei positiver Beurteilung – auch ein Freiwilliges Soziales oder Berufsvorbereitungsjahr in Kin-842 dereinrichtungen hierfür anerkennen. 5.9 Familienarbeit würdigen 843 Art. 22 (2) der Sächsischen Verfassung fordert die Regierenden auf, diejenigen zu würdigen und zu 844 845 unterstützen, die für die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen auf ein eigenes 846 Erwerbseinkommen und berufliche Selbstverwirklichung verzichten. Diesem Verfassungsgebot will 847 die AfD gerecht werden und auch im Bundesrat darauf hinwirken, strukturelle Benachteiligungen der 848 Familien in der Sozialversicherung abzubauen. 849 Im Rahmen der von der AfD angestrebten Rentenreform sollen Pflege- und Kindererziehungszeiten 850 besser als bisher bei der Rente berücksichtigt werden. Dies gilt auch für Frauen, die ihre Kinder wäh-851 rend Ausbildungszeiten geboren und erzogen haben. 852 Wir wollen, dass die Leistung der Kindererziehung durch Mütter wie Väter mehr Anerkennung er-853 fährt. Hierzu sollen Vertreter der Landesregierung, der regionalen Parlamente und die Kommunen 854 regelmäßig öffentlich aktiv werden, etwa anlässlich von Feiertagen und Abschlussfeiern. 855 856 Die Pflege und Erziehung von Kindern ist eine vielseitige, aber streckenweise auch anstrengende Auf-857 gabe. Wir wollen daher den Zugang zu Eltern-Kind-Kuren für selbst betreuende Eltern erleichtern. Mütter und Väter wollen wir in ihren spezifischen Rollen stärken und ihnen leichteren Zugang zu 858 859 Weiterbildungsangeboten gewähren, damit sie ihre Erziehungsarbeit ohne permanente Überforde-860 rung leisten und auch leichter in ihren Beruf zurückkehren können. 861 5.10 Familien stärken 862 Die Familien stehen an vielen Fronten unter Druck. Für nicht wenige Familien sind finanzielle Eng-863 pässe und Sorgen Hauptgrund dafür, den Wunsch nach Kindern immer wieder zurückzustellen. 864 Auch sind in unserer Zeit des forcierten Wandels von Geschlechterrollen, flexibilisierter Arbeitszeiten 865 und der generellen Krise von Autorität in Familie und Gesellschaft viele junge Leute überfordert von 866 der Komplexität der Erziehungsaufgabe. 867 868 Die AfD wird deshalb nachhaltige, fachlich fundierte und bewährte Beratungs- und Unterstützungs-869 Angebote für Familien in persönlichen oder beruflichen Krisensituationen unterstützen Wir wollen 870 die Familienhilfe ausreichend ausstatten, um eine Stabilisierung von Familien in unmittelbaren oder

andauernden Notlagen durch fachkundige Beratung zu ermöglichen.

872 873 Wir wollen zudem Kommunen durch Landeszuschüsse in die Lage versetzen, auf die Erhebung von 874 Zweitwohnungssteuern für mit Nebenwohnsitz gemeldete Jugendliche in Ausbildung zu verzichten. 875 Neben einer mittelbaren Familienförderung würde dies die Attraktivität sächsischer Ausbildungs-876 einrichtungen im bundesweiten Wettbewerb stärken. 5.11 Sachsenticket einführen 877 878 Wir setzen uns für eine bis auf einen sachsenweit einheitlichen Eigenanteil kostenfreie Schülerbe-879 förderung ein, auch in den Ferien. Dieses "Sachsenticket" soll auch für Teilnehmer anerkannter Frei-880 willigendienste (FSJ, FÖJ, BFD, IJFD u.a.) gelten. 881 882 Im Bund werden wir darauf hinwirken, dass Leistungen zu Bildung und Teilhabe (Schulausstattung, 883 Klassenfahrten, Sport- und musische Angebote) weniger bürokratisch beantragt werden können. Sie 884 sollen jedoch immer einen zumutbaren Eigenanteil enthalten, denn was gar nichts kostet, wird auch 885 nicht wertgeschätzt. So werden einkommensschwache Familien besser unterstützt.

6 BILDUNG; WISSENSCHAFT; KULTUR UND MEDIEN

887 6.1 Schule

6.1.1 Mut zur Leistung statt Akademisierungswahn

Während seit Jahrzehnten die Abiturientenquote steigt und immer mehr Abiturienten ihre Schulzeit mit einem Einser-Abitur beenden, mehren sich die Klagen der Professoren über unzureichende Kenntnisse der Studienanfänger. Nachhilfekurse an Hochschulen und Ausbildungsbetrieben sind die Regel, nicht die Ausnahme. Die Vermittlung von Lehrinhalten wurde durch den "kompetenzorientierten "Unterricht ersetzt, was zu einem weiteren, massiven Qualitätsverlust und mangelndem Urteilsvermögen der Schüler führte. Die Studie "Ausbildungsreife & Studierfähigkeit" der Konrad-Adenauer-Stiftung (2016) stellt fest: "Das Abitur ist kein Garant mehr für Studierfähigkeit ". Hohe Abbrecherquoten in der Berufsausbildung und im Studium sind die Folge.

896897898

886

888

889

890

891

892

893

894

895

- Die AfD fordert eine Ausrichtung der Bildungsstandards der verschiedenen Schulformen an den An-
- 899 forderungen der weiterführenden Bildungseinrichtungen. Nicht eine geschwätzige Kompetenzorien-
- 900 tierung ", sondern die Vermittlung des Fachwissens muss zentrale Aufgabe der Schule sein.
- 901 Die ständige Senkung des Leistungsniveaus zur Erhöhung der Abiturientenquote lehnen wir ab.
- 902 Angesichts des globalen Wettbewerbs muss das Leistungsniveau sächsischer Schulen nicht nur natio-
- 903 nal, sondern auch international führend sein.

904 6.1.2 Mehrgliedriges Schulsystem erhalten

Der schleichenden Abschaffung verschiedener Schulformen und der Entwicklung hin zur nivellierenden Einheitsschule bis zur Klasse 10 muss Einhalt geboten werden. Effizientes Lehren und Lernen ist nur möglich, wenn die Leistungsunterschiede zwischen den Schülern einer Schulform begrenzt bleiben. Bildungsgerechtigkeit erfordert Differenzierung, nicht Gleichmacherei. Studien belegen die Überlegenheit des differenzierten Schulsystems gegenüber der Einheitsschule.

909 910

905

906

907

- 911 Die AfD befürwortet daher ein nach Begabungen differenziertes Schulsystem, das dem unterschiedli-
- 912 chen Leistungsvermögen der Schüler gerecht wird und wie bisher guten Schülern den Wechsel er-
- 913 möglicht. Maßgebliche Zugangsvoraussetzung für das Gymnasium sollen landesweit verbindliche
- 914 Leistungskriterien sein. Das Abitur muss wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit werden, der Haupt-
- 915 oder Realschulabschluss zur Berufsausbildung befähigen. Schulen in freier Trägerschaft (Privatschu-
- 916 len) sind eine sinnvolle Ergänzung des staatlichen Bildungswesens.
- 917 Trotz des hohen Umstellungsaufwandes verschließen wir uns nicht einem längeren gemeinsamen
- 918 Lernen bis zur Klasse 6.

919 6.1.3 Berufliche Bildung und Oberschulen stärken.

Die duale Ausbildung in Unternehmen und Berufsschulen ist ein Erfolgsmodell. Jedoch gefährden das Streben nach immer höheren Abiturienten- und Akademikerquoten sowie unzureichende Kenntnisse von Haupt- und Realschulabsolventen den Nachwuchs in den Ausbildungsberufen. Mehr als ein Drittel aller IHK-Betriebe müssen fehlende Kenntnisse in Rechtschreibung, Textverständnis und Mathematik durch Nachhilfekurse ausbessern. Zahlreiche Lehrstellen können aus Mangel an ausreichend

qualifizierten Bewerbern nicht besetzt werden, ein Viertel der Lehrlinge bricht die Ausbildung ab.

925926

927

928

930

931

933

934

936

937

938

940

941

942

943

944

946

947

950

920

921

922

923

924

Die beruflichen Schulen müssen als tragende Säulen der beruflichen Bildung und des lebenslangen Lernens gestärkt, der Wert der beruflichen Bildung stärker gewürdigt werden. Die Oberschulen sollen

durch Kooperationen mit Betrieben und den Industrie- und Handelskammern attraktiver werden.

Der Anspruch der besonderen Leistungsfeststellung (BLF) an den Gymnasien muss erhöht und ab

Klasse 8 verbindlich werden. Gewalt gegen Lehrer muss stärker geahndet werden.

932 6.1.4 Keine ideologisch motivierte Inklusion: Förder- und Sonderschulen erhalten

Die Forderung der Vereinten Nationen, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garan-

tieren, ist in Deutschland bereits erfüllt. Kinder mit besonderem Förderbedarf erhalten in der Förder-

935 schule eine umfassende Unterstützung, die die Regelschule nicht leisten kann.

Die AfD wendet sich gegen den Versuch, auf dem Rücken der behinderten Kinder die Förder- und

Sonderschulen abzuschaffen.

6.1.5 Wertschätzung von Lehrern verbessern

939 Schülerleistungen hängen maßgeblich von der Lehrerpersönlichkeit ab. Akzeptanz und Erfolg des

Lehrers steigen mit dessen Fähigkeit, emotionale Resonanz zu erzeugen und die Schüler zu guten

Ergebnissen zu motivieren. Eine Wertschätzung dieser Bemühungen der Öffentlichkeit zu vermitteln,

trägt dazu bei, den Lehrerberuf auch für die besten Abiturienten attraktiv zu machen. Die Autorität

des Lehrers darf nicht in Frage gestellt werden.

6.1.6 Folgen der Massenimmigration: Nicht auf dem Rücken der Schüler

945 Massenimmigration und Familiennachzug verschärfen den Lehrermangel durch eine große und un-

vorhergesehene Anzahl schulpflichtiger Kinder. Ferner hat sich gezeigt, dass diese Kinder, nicht zu-

letzt wegen ungenügender Sprachkenntnisse, dem Unterricht schlecht folgen können und dadurch

948 einheimische Schüler in ihrem Lernfortschritt behindern.

949 Ziel der Beschulung schulpflichtiger Kinder von Asylbewerbern muss es sein, diese auf das Leben

nach der Rückkehr in ihr Herkunftsland vorzubereiten und die Zeit bis zur Rückkehr sinnvoll zu über-

951 brücken.

952	6.1.7 Keine ideologische Beeinflussung an Schulen
953	Das Klassenzimmer darf kein Ort der politischen Indoktrination sein. Unter dem Deckmantel des Anti-
954	rassismus führt jedoch seit Jahren der Verein "Schule ohne Rassismus", dem sich in Sachsen 91
955	Schulen angeschlossen haben, einen Kampf gegen die AfD und ihre politischen Positionen.
956	Vereinen, die Schüler ideologisch zu indoktrinieren versuchen, muss der Zugang zur Schule verwehrt
957	werden. Sie dürfen keine Steuermittel erhalten. Der Sachkundeunterricht soll wieder Heimatkunde hei-
958	ßen.
959	6.1.8 Traditionelle Familienwerte statt Frühsexualisierung
960	Die "Sexualpädagogik der Vielfalt" stellt einen unzulässigen Eingriff in die natürliche Entwicklung
961	unserer Kinder dar. Dadurch werden diese in Bezug auf ihre sexuelle Identität verunsichert.
962	Die AfD lehnt alle Versuche ab, das traditionelle Familienbild zu beseitigen. Das ideologische Experi-
963	ment der Frühsexualisierung ist zu beenden.
964	6.1.9 Digitalisierung in der Schule
965	Schulen benötigen eine moderne Ausstattung für den Informatikunterricht und für die Berufsausbil-
966	dung in technischen Fächern. Die Einrichtung und Wartung dieser Ausstattung muss von technischen
967	Mitarbeitern übernommen werden, um die Informatiklehrer zu entlasten.
968	
969	Die derzeit von Lobbygruppen propagierten elektronischen Lernformen (E-Learning, Tablets, Smart-
970	boards) können jedoch weder den vom Lehrer geführten Unterricht, noch das Selbstlernen mit dem
971	Schulbuch ersetzen. Kontrollierte Studien in Deutschland und anderen Ländern zeigen, dass digitale
972	Medien die Leistungen der Schüler verschlechtern oder keinen Einfluss haben. Es gibt keine empiri-
973	schen Belege für Behauptungen, dass durch den Einsatz digitaler Medien benachteiligte Schüler bes-
974	ser gefördert oder das Lernen individueller gestaltet werden kann. Hingegen ist belegt, dass eine
975	Einschränkung der Nutzung von Mobiltelefonen an Schulen die Leistung der Schüler verbessert.
976	E-Learning ist Geldverschwendung und verbessert nicht die Leistungen der Schüler.
977	Die AfD fordert, den Gebrauch von Mobiltelefonen und Tablets an Schulen zu beschränken.
978	6.1.10 Keinen Islamunterricht an sächsischen Schulen, keine Sonderrechte für
979	Muslime
980	Der politische Islam ist eine totalitäre Ideologie, die unserer Kultur feindlich gegenüber steht und mit
981	dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Diese Ideologie darf an sächsischen Schulen nicht gelehrt wer-
982	den. Muslimische Schüler haben wie alle anderen Schüler auch am Schwimm- und Sportunterricht

teilzunehmen. Halales Essen in Kantinen ist Ausdruck einer fortschreitenden Islamisierung, die wir

983

984

entschieden bekämpfen.

Die AfD fordert ein Kopftuchverbot an Schulen und Kindergärten.

6.1.11 Frühkindliche Erziehung und Bildung

Die derzeitige Bildungsmisere ist auf eine verfehlte Erziehungs- und Bildungspolitik zurückzuführen. Diese beginnt bereits im frühen Kindesalter und äußert sich in der Zunahme von Verhaltensauffälligkeiten, mangelnden grob- und feinmotorischen Fähigkeiten und fehlendem Konzentrationsvermögen. Disziplinlosigkeit, Aggressionen, fehlende Lernmotivation und schlechte schulische Leistungen sind häufige Folgen. Ursache ist eine Pädagogik, die Kinder als kleine Erwachsene betrachtet, von ihnen keine Anstrengungen verlangt und das Ziehen von klaren Grenzen vermeidet. Dabei verlieren Kinder jedoch die Orientierung. Sie benötigen von Anfang an feste Regeln und Grenzen sowie eine liebevolle, aber straffe Führung. Sie sollen verstehen, dass sie viel Interessantes lernen und immer schwierigere Aufgaben lösen können, wenn sie sich anstrengen. Erzieher und Eltern sind Vorbilder und brauchen Erziehungsautorität, denn nur so können Kinder Vertrauen, Geborgenheit, Sozialisation und Lernmotivation entwickeln. Der Sächsische Bildungsplan wird diesen Zielen jedoch nicht gerecht.

Die AfD fordert daher eine Neuausrichtung der frühkindlichen Bildung und Erziehung auf der Grundlage bewährter Erfahrungen. Die allgemeine Schulfähigkeit der Kinder auf hohem Niveau, Freude am Lernen und eine gesunde Leistungsbereitschaft müssen wieder Ziel der frühkindlichen Erziehung sein.

6.1.12 Bildungsauftrag für Horteinrichtungen

Der Hort ergänzt heute zunehmend die Bildungs- und Betreuungsfunktion des Elternhauses. Es gibt jedoch starke Tendenzen zu einer reinen Freizeitbetreuung. Das lehnen wir ab. Neben dem freien und gemeinsamen Spiel gehören Hausaufgaben, Lernhilfen, Regeln und Aufgaben zur Hortbetreuung ebenso dazu wie Musik und Sport, Werte- und Kulturvermittlung, insbesondere zur Heimatregion.

1009 Wir wollen daher den Bildungsauftrag für Horteinrichtungen klarer formulieren, um allen Hortkin-1010 dern gleiche Bildungschancen zu ermöglichen. Musische Bildungs- und Sportangebote wollen wir

deren Eltern sich nicht privat am Nachmittag darum kümmern oder diese Angebote nicht bezahlen

verstärkt in die Ganztagsbetreuung integrieren, um die Teilhabe daran auch Kindern zu ermöglichen,

1013 können.

6.2 Hochschule

1015 6.2.1 Bologna ist gescheitert: Diplom und Magister wieder einführen

Die EU- weite Harmonisierung von Studiengängen (Bologna-Prozess) hat zu einer Verschulung des Studiums, zu Überregulierung und Bürokratie geführt. Die akademische Freiheit wurde beschnitten,

1018	ein Studienplatzwechsel erschwert. Bei der hohen Zahl von Studiengängen, die durch den Zwang zur
1019	Profilierung entstanden sind, ist die Vergleichbarkeit von Abschlüssen deutlich erschwert. Arbeitge-
1020	ber kritisieren die geringe Qualifikation von Bachelor-Absolventen.
1021	
1022	Die AfD will die bewährten Diplom- und Magisterstudiengänge wieder einführen. Die Modularisie-
1023	rung des Studiums und die Akkreditierungsbürokratie sollen abgeschafft werden. Das Promotions-
1024	recht muss Universitäten vorbehalten bleiben. Deutsch muss als Lehr- und Wissenschaftssprache
1025	erhalten bleiben.
1026	6.2.2 Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und Lehre
1027	bewahren
1028	Wir wollen eine höhere Grundfinanzierung der Hochschulen einführen, um deren Abhängigkeit von
1028	Drittmitteln zu verringern. Professoren sollen ihre Zeit für die Forschung verwenden und nicht für das
1030	Schreiben von Drittmittelanträgen. Hochschulen sollen das Recht besitzen, Bewerber durch Aufnah-
1030	meprüfungen auszuwählen. Der durch planwirtschaftliche Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Stu-
1031	dienerfolg und anderen Quoten erzeugte Zwang zur Nivellierung ist zu beenden.
1033	6.2.3 Kultus- und Wissenschaftsministerium zusammenlegen
1034	Wir fordern die Verschmelzung von Wissenschafts- und Kultusministerium zu einem Landesbil-
1035	dungsministerium. Dadurch können alle bildungspolitischen Entscheidungen von der frühkindlichen
1036	Bildung bis zur Hochschulbildung aufeinander abgestimmt werden.
1037	6.2.4 Anteil befristeter Verträge verringern
1038	Wissenschaftliche Mitarbeiter an Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen sind weit
1039	überwiegend auf wenige Jahre befristet beschäftigt. Dies erschwert die Familien- und Lebenspla-
1040	nung.
1041	Die AfD fordert, die Befristung von Arbeitsverträgen im Mittelbau auf die Zeit der Qualifizierungspha-
1042	se (Promotion, Habilitation) zu beschränken.
1043	6.2.5 Kein Geld mehr für die "Genderwissenschaft", keine Gender-Quoten
1044	Kern der Gender-Ideologie ist die Leugnung von biologischen Unterschieden zwischen Mann und
1045	Frau verbunden mit der Behauptung, dass Geschlechter nur soziale Konstrukte seien. Unterschiede
1046	etwa bei der Auswahl und Ausübung von Berufen werden als Beweis einer vermeintlichen Diskrimi-
1047	nierung betrachtet und deren Beseitigung gefordert. Die Gender-Ideologie entwertet die für den
1048	Bestand der Gesellschaft unverzichtbare Familie und verunsichert Kinder in ihrer sexuellen Identität.
1049	Behauptungen der Gender-Ideologie stehen im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen der

Biologie, der Entwicklungspsychologie und der Lebenserfahrung.

1049

Die AfD fordert, dass Sachsen keine Mittel mehr für die "Genderwissenschaft" bereitstellt und keine "Gender-Professuren" mehr besetzt werden. Alle Fördermittel für die "Genderwissenschaft" sind zu streichen. Politisch korrekte Sprachvorgaben zur Durchsetzung der Gender-Ideologie lehnen wir ab. Gleichstellungsbeauftragte sind abzuschaffen. Bei der Besetzung von Stellen muss allein die fachliche Qualifikation des Bewerbers entscheiden.

6.3 Für eine neue Medienpolitik ohne Zwangsbeiträge

Die AfD kämpft für eine Medienpolitik, in der niemand mehr gezwungen wird, eine Zwangsgebühr zu bezahlen für ein Rundfunkangebot, das er weder nutzt, noch nutzen möchte. Im Internetzeitalter gibt es keinen Grund, einen staatsnahen Anbieter zu privilegieren, der von Parteien und Politik dominiert wird und dessen Berichterstattung Objektivität mehr und mehr vermissen lässt.

Wir fordern die Abschaffung des geräteunabhängigen Rundfunkbeitrags und die Kündigung des Rundfunkstaatsvertrags. Wir fordern einen freien Wettbewerb unter allen Rundfunkanbietern. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetzes muss abgeschafft werden.

6.4 Kultur ist eine zentrale Querschnittsaufgabe und wesentlicher Teil unserer Identität

Kultur prägt den Freistaat. Identitätsstiftend ist sie ein Spiegel des Selbstverständnisses der sächsischen Bürger und findet ihren Ausdruck sowohl im Heimat- und Gemeinschaftsgefühl der Sachsen als auch in der Pflege des kulturhistorischen Erbes. Damit sind unsere Kultur und ihre religiösen Ursprünge ein zentrales Element, das jeden Bürger des Landes berührt und seine Lebensqualität entscheidend beeinflusst.

Kunst, Musik und Literatur haben in Sachsen nicht nur Tradition, sondern sind im gesellschaftlichen Leben fest verankert.

Auf Grund des identitätsstiftenden Charakters muss die Kulturpolitik dafür Sorge tragen, dass eine ausreichende Förderung gewährleistet werden kann. Wir wehren uns gegen den totalitären Anspruch einer selbsternannten Zivilgesellschaft, den gesellschaftlichen Diskurs beherrschen zu wollen. Wir wenden uns daher auch gegen ein einseitig politisch orientiertes, erzieherisches Musik- und Sprechtheater, wie es derzeit auch auf sächsischen Bühnen praktiziert wird. Genauso kritisch sehen wir eine subversive Förderung antidemokratischer, religiös verbrämter Ideologien unter dem Deckmantel der von uns garantierten Religionsfreiheit. In diesem Sinne gehört der Islam nicht zur sächsischen Identität.

Wir sind deshalb gegen demonstrative Minarette und Moscheen in sächsischen Dörfern und Städten.

1084	6.4.1 Förderung der kulturellen Bildung
1085	Wir müssen die musische und ästhetische Bildung der Kinder und Jugendlichen intensivieren, sie
1086	neugierig auf vielfältige kulturelle Angebote und die eigenen Traditionen machen, um damit ihr kul-
1087	turelles Selbstverständnis zu fördern.
1088	6.4.2 Kulturraumgesetz ändern
1089	Das sächsische Kulturraumgesetz wurde geschaffen, um regionale, nichtstaatliche Kultureinrichtun-
1090	gen zu fördern. Damit werden jedoch immer mehr kulturfremde, gesellschaftspolitische Projekte
1091	finanziert.
1092	Die AfD wird das Kulturraumgesetz so ändern, dass es seinem ursprünglichen Zweck gerecht wird.
1093	Kultur darf kein Tummelplatz für soziokulturelle Klientelpolitik sein.
1094	6.4.3 Förderung der sorbischen Kultur
1095	Die sorbische Kultur ist regionaler Bestandteil und Bereicherung des sächsischen Kulturraums, daher
1096	ist eine Förderung selbstverständlich. Dazu gehören die Ausbildung sorbischer Lehrer sowie der Er-

halt sorbischer Schulen und Kindereinrichtungen.

7 SOZIALE SICHERUNGSSYSTEME UND RENTE; 1098 ARBEITS- UND SOZIALPOLITIK 1099 In Sachsen liegen die Löhne und Gehälter weit unter dem Bundesdurchschnitt. Wirtschaftliche Not ist 1100 1101 weiterhin präsent, insbesondere Altersarmut weitet sich aus. Pflegebedürftige Menschen sind im-1102 mensen Kosten ausgesetzt, die oft nicht mehr zu stemmen sind. 1103 Viele Menschen sind in mehreren Arbeitsverhältnissen tätig, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. 1104 Doch zunehmend reichen die Arbeitseinkommen nicht aus, um sich selbst und die Familien über die 1105 Runden zu bringen. Enorme Miet- und Nebenkostensteigerungen verschlimmern die Lage. Dazu lei-1106 den die Kommunen unter hohen Kosten, die für soziale Unterstützungsleistungen ausgegeben wer-1107 den müssen. 1108 Der größte Verlierer, der seit Jahren vorherrschenden Fehlentwicklung, ist die Mittelschicht, die sich 1109 mit einer unverhältnismäßig hohen Steuer- und Abgabenlast konfrontiert sieht. Auch sie fürchten 1110 mittlerweile den sozialen Abstieg und somit gar einst ins soziale Abseits gestellt zu werden. 1111 Die Gründe für diese Entwicklung liegen vorrangig im Wunsch des Staates nach immer mehr Steuer-1112 einnahmen. Der Grund: Er konzentriert sich nicht effektiv auf seine wesentlichen Aufgaben, sondern 1113 greift mit hohem finanziellem Aufwand in den Markt ein. Damit werden aber oft nur die Symptome, 1114 weniger die Ursachen bekämpft. 1115 Exorbitante Lohnnebenkosten, ausufernde Bürokratie und politische Misswirtschaft sind für den 1116 schleichenden Niedergang unseres Landes mitverantwortlich. 1117 7.1 Ungeregelte Einwanderung stoppen – Sozialstaat erhalten 1118 Durch die ungeregelte Masseneinwanderung kommen größtenteils Gering- und Unqualifizierte nach 1119 Deutschland, die auf absehbare Zeit nicht zum Beitrags- und Steueraufkommen beitragen werden. 1120 Aufgrund dieser Tatsache müssen diese Einwanderer sowohl jetzt als auch im Rentenalter alimentiert 1121 werden. Unser Sozialstaat kann das auf Dauer nicht leisten, Kürzungen bei Sozialleistungen und/oder 1122 Steuererhöhungen werden die Folge sein. Dies wird Spannungen hervorrufen und den gesellschaftli-1123 chen Frieden gefährden. 1124 Die AfD setzt sich für den Erhalt unseres Sozialstaates ein. Einwanderung braucht deshalb klare Re-

geln und geschützte Grenzen, denn freie Migration in Verbindung mit einem sozialen Versorgungsan-

spruch fördert nicht die Zuwanderung von Fachkräften, sondern zieht vorrangig Gering- und Unquali-

1125

1126

1127

fizierte an.

7.2 Widereingliederung in den Arbeitsmarkt nach Kindererziehungszeiten 1128 verbessern 1129 1130 Kind und Karriere sind für viele derzeit noch zwei gegensätzliche Entscheidungsalternativen. Aus 1131 Angst vor beruflichen Nachteilen oder aus Gründen fehlender betrieblicher Möglichkeiten entschei-1132 den sich viele hochqualifizierte Fachkräfte gegen ein Kind. 1133 Die AfD möchte Unternehmen motivieren, Wiedereingliederungsmöglichkeiten mit flexiblen Arbeits-1134 zeiten nach Berufspausen wegen familiärer Betreuungsaufgaben zu schaffen. Dies kann politisch 1135 durch Bürokratieabbau, Steuererleichterung oder finanzielle Förderung für die Arbeitgeber unter-1136 stützt werden. Arbeitsvermittler müssen stärker aktiv werden und die Zielgruppe der Familien stär-1137 ker fokussieren. Der öffentliche Dienst muss mit Vorbild vorangehen und Eltern bei Entfristung und 1138 Einstellung gegenüber Kinderlosen stärker berücksichtigen. 7.3 Menschen mit Behinderungen nicht zu Bittstellern degradieren 1139 1140 Die AfD steht für eine ideologiefreie Behindertenpolitik, die rationalen Erwägungen folgt und von 1141 Vernunft geleitet ist. Der barrierefreie Zugang ist für Menschen mit Behinderungen ein entscheiden-1142 der Aspekt dafür, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, auch ohne auf die Hilfe von anderen hierfür 1143 angewiesen zu sein. Der Freistaat muss mit gutem Vorbild für die Gesellschaft vorangehen. Der bar-1144 rierefreie Zugang zu Behörden und auch die barrierefreie Aufarbeitung von Informationen sowie 1145 Anträgen und Formularen sind derzeit in vielen Fällen noch nicht möglich. Wir möchten, dass alle 1146 Behörden und deren Prozesse barrierefrei zugänglich sind. 1147 Die AfD will die erlittenen Nachteile Blinder, hochgradig Sehbehinderter, Gehörloser oder schwerst-1148 behinderter Kinder durch die Zahlung eines angemessenen Nachteilsausgleiches ausgleichen. Die 1149 derzeit gezahlten Beträge reichen nicht aus, die Nachteile so auszugleichen, dass eine gleichberech-1150 tigte Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben gewährleistet werden kann. 1151 Arbeitgeber mit mehr als 20 Mitarbeitern müssen an wenigstens 5 Prozent der Arbeitsplätze schwer-1152 behinderte Menschen beschäftigen. Sachsen hat bundesweit die zweitschlechteste Beschäftigungs-1153 quote schwerbehinderter Menschen mit 4,1 Prozent. 1154 Wir wollen zusammen mit den Betrieben und den zuständigen Sozialversicherungsträgern Maßnah-1155 men entwickeln, um die Beschäftigungsquote Schwerbehinderter zielgenau zu steigern.

7.4 Jugendarbeit und Ehrenamt

1156

1157

1158

1159

Bei allen ehrenamtlichen Projekten muss auf eine ideologiefreie Gestaltung geachtet werden. Wir lehnen eine Förderung extremistischer Vereine konsequent ab. Eine Demokratieerklärung muss verbindliches Element bei der Ausreichung von Fördergeldern werden.

Die AfD will ehrenamtliches Engagement finanziell, räumlich und personell stärken und Konzepte zur

Anerkennung und Wertschätzung (z.B. durch die Ehrenamtskarte) weiter ausbauen.

7.5 Kein Kindergeld für im Ausland lebende Kinder

- Nach Angaben der Bundesregierung wurden allein im Jahr 2017 rund 343 Mio. € Kindergeld für im
- 1164 Ausland lebende Kinder auf ausländische Konten gezahlt.

1162

1170

1179

1180

- Die AfD fordert, die Zahlungen von Kindergeld an im Ausland lebende Kinder umgehend einzustellen
- und die eingesparten Mittel in Kindergärten und Schulen zu investieren. Kindergeld sollte nur dann
- gezahlt werden, wenn die Kinder auch in Deutschland wohnen. Die Aufwendungen für Kinder sind in
- den Herkunftsländern meist deutlich geringer als in Deutschland, zudem wird in vielen Herkunftslän-
- dern bereits Kindergeld als Sozialleistung ausgezahlt.

7.6 Qualifikation hilft Langzeitarbeitslosigkeit zu überwinden

- 1171 Die heutigen Eingliederungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sind nicht auf die derzeitige Situation
- am Arbeitsmarkt abgestimmt. Daher können aus einer Anzahl von mehreren Millionen Arbeitslosen
- eine viel zu hohe Zahl von offenen gemeldeten Stellen nicht besetzt werden.
- 1174 Die AfD setzt sich für eine zielgerichtete Qualifikation geeigneter Arbeitsloser ein, die den tatsächli-
- 1175 chen Arbeitsmarkterfordernissen entspricht. Um diese zu sichern, muss zeitnah und in enger Ab-
- 1176 stimmung, insbesondere mit mittelständischen Unternehmen, zusammengearbeitet werden, da die-
- se wichtigen Arbeitgeber und Motoren der deutschen Wirtschaft sind. Umschulungsmaßnahmen sind
- 1178 vom Freistaat Sachsen zu unterstützen.

7.7 Einführung einer Obergrenze des Anteils von Arbeitnehmern mit

Werkverträgen und Leiharbeit

- 1181 In einigen Unternehmen besteht die Stammbelegschaft nur zu 20% aus Beschäftigten mit festem
- 1182 Arbeitsvertrag. Die übrigen Arbeitskräfte setzen sich aus Leiharbeitnehmern und Personen in Werk-
- 1183 verträgen zusammen, die in vielen Fällen aus dem europäischen Ausland stammen. Im Interesse der
- 1184 Arbeitnehmer und zur Vermeidung einer Aushöhlung unseres Sozialsystems ist ein solcher Miss-
- 1185 brauch zu verhindern.
- Die AfD will für den Anteil von Beschäftigten, die mit Werkverträgen oder Leiharbeit in einem Betrieb
- tätig sind, eine gesetzliche Obergrenze von 15% einführen. Zeitarbeitsverträge dürfen nur einmal
- 1188 verlängert werden, Leiharbeit muss nach sechs Monaten Beschäftigung einer festen Anstellung
- 1189 gleichgestellt werden.

7.8 Beibehaltung des Mindestlohns

- 1191 Wir möchten, dass Beschäftigte von ihrer Arbeit auch leben können und nicht auf Unterstützung der
- 1192 Solidargemeinschaft angewiesen sind.

1190

1207

Die AfD setzt sich deshalb für die Beibehaltung des Mindestlohns ein.

1194 7.9 Hartz-IV ist ungerecht

- 1195 Es kann nicht sein, dass ein Arbeitnehmer, der jahrzehntelang in die Sozialkassen eingezahlt hat, nach
- einem Jahr ins Arbeitslosengeld II rutscht. Es kann nicht sein, dass er damit die gleichen Leistungen
- 1197 erhält wie ein Arbeitsloser, der überhaupt noch nicht oder nur für kurze Zeit Beitrage an die Arbeits-
- 1198 losenversicherung entrichtet hat.
- 1199 Hartz-IV ist ungerecht und muss in dieser Form abgeschafft werden. Die AfD will, dass Arbeitslosen-
- 1200 geld I länger gezahlt wird. Es muss sich daran orientieren, wie lange ein Beschäftigter zuvor beschäf-
- 1201 tigt war. Zudem wollen wir den unerträglichen Zustand beenden, dass zunächst ein Großteil der ei-
- 1202 genen Ersparnisse aufgebraucht werden muss, obwohl diese Ersparnisse für ein menschenwürdiges
- 1203 Leben im Alter zurückgelegt worden sind. Man kann nicht diejenigen bestrafen, die teilweise unter
- 1204 Entbehrungen fürs Alter vorsorgt haben, wohlwissend, dass die Rente nicht auskömmlich sein wird.
- 1205 Deshalb bedarf es dringend einer spürbaren Erhöhung des Schonvermögens, welches unter keinen
- 1206 Umständen angetastet werden darf.

7.10 Das Potenzial älterer Arbeitnehmer stärker nutzen

- 1208 Die deutsche Gesellschaft altert, negative Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und den Arbeits-
- markt sind nicht zwangsläufig, da sich unter den älteren einheimischen Bürgern sehr viele tatsächli-
- 1210 che Fachkräfte befinden. Aus diesem Grunde gilt es unsere qualifizierten und erfahrenen älteren
- 1211 Menschen nicht fahrlässig auf das Altenteil zu schieben, sondern sie als Potential und Bereicherung
- 1212 für die sächsische Wirtschaft wie auch für unser Land allgemein zu betrachten. Auch ältere Arbeit-
- 1213 nehmer sind ein integraler Bestandteil des Arbeitsmarktes, ihnen sind seitens der Politik und Wirt-
- 1214 schaft Wertschätzung und Anerkennung entgegenzubringen.
- 1215 Im Gegensatz zu Deutschland hat Finnland schon vor 20 Jahren begonnen, altersgerechte Berufsbio-
- 1216 grafien zu gestalten. Hierzu wurden beispielsweise die Aus- und Weiterbildung und der Arbeits- und
- 1217 Gesundheitsschutz verbessert. Gleichzeitig wurden Programme zur Förderung weicher Faktoren
- 1218 (Stichwort: positive Altersbilder) zur Steigerung der Wertschätzung älterer Menschen ins Leben geru-
- 1219 fen. Deutschland hat in all diesen Belangen noch erheblichen Nachholbedarf.
- 1220 Die AfD will daher ein besonderes Förderprogramm für ältere deutsche Bürger einführen und auch
- deren bisheriges Engagement für unser Land würdigen.

1222 8 ZUWANDERUNG; ASYL; STAATSANGEHÖRIGKEIT

8.1 Massenzuwanderung ist keine Lösung 1223 1224 Die AfD steht für ein der Welt zugewandtes Sachsen, das gleichwohl das Eigene bewahrt und schätzt 1225 und auf dieser Grundlage Gäste und Zuwanderer willkommen heißt, die zum Wohlstand unseres 1226 Landes beitragen und bereit sind, sich unserer Kultur und Lebensart respektvoll anzupassen. 1227 Gleichzeitig stehen wir für die Gewährung von Asyl und strikte Anwendung nach Art. 16a Grundge-1228 setz für Menschen, die aus unmittelbarer Bedrohung für Leib und Leben bei uns Schutz suchen. Wir 1229 stehen auch zu großzügiger, unmittelbarer vor-Ort-Hilfe für Menschen, die vor Krieg und Naturkata-1230 strophen flüchten. 1231 1232 Wir stehen jedoch ganz klar gegen den von der Bundesregierung zugelassenen Missbrauch des Asyl-1233 rechts für eine Massenzuwanderung meist unqualifizierter Menschen aus Kulturkreisen, die mit un-1234 serem Rechtssystem kaum kompatibel sind. Die von der Bundesregierung seit 2015 forcierte Mas-1235 senzuwanderung hat auch Sachsen vor extreme Herausforderungen gestellt. Wir wurden gezwungen, 1236 erhebliche Ressourcen für die Bewältigung von künstlich und ohne Not erzeugten Problemen bei der 1237 Aufnahme und Versorgung von Menschen aufzuwenden, die überwiegend weder asylberechtigt noch 1238 geeignet oder wenigstens gewillt waren, für unsere Wirtschaft mittelfristig substantielle Beiträge zu 1239 leisten und sich in unsere Gesellschaft mit der ihr eigenen, deutschen Kultur einzufügen. Die wenigs-1240 ten der überwiegend jungen, alleinstehenden Männer waren wirklich von unmittelbarer Gefahr be-1241 droht, eine erhebliche Anzahl unter ihnen kam in durchaus gefährlichen Absichten. 1242 Wir halten eine Hilfe für angebliche Flüchtlinge auf deutschem Territorium für alle Beteiligten für 1243 eine extrem teure Sackgasse, die uns für die Lösung eigener Probleme dringend benötigte Mittel 1244 kostet und obendrein jede Menge zusätzlicher Probleme und Gefahren erzeugt, die vom Geld bis hin 1245 zu Gesundheit und Leben alle unsere Bürger betreffen. 1246 1247 Wir werden alle notwendigen praktischen und rechtlichen Mittel ausschöpfen, damit Sachsen keine 1248 Anreize für illegale Zuwanderung bietet. Wir reichen leistungsfähigen und integrationsbereiten Zu-1249 wanderern die Hand. Wer unser Recht achtet, ist uns willkommen. Aber wir wenden uns gegen die 1250 schleichende Etablierung islamischer Strukturen, in denen die Scharia gepredigt und parallel zu unse-1251 rem Rechtssystem etabliert wird. 1252 Wer unser Recht achtet ist uns willkommen, wer nicht muss gehen. Scharia gehört nicht zu Sachsen! 8.2 Schnellere Verfahren und konsequente Abschiebung 1253

Um falsche Zuwanderungsanreize zu beseitigen, die hohen Kosten der Prüfungsverfahren zu reduzie-

1254

1255	ren und unsere Verwaltungsgerichte zu entlasten, müssen Asylverfahren schneller durchgeführt und
1256	abgeschlossen werden können. Hierfür wird sich die AfD Sachsen auf Bundeseben mit Nachdruck
1257	einsetzen, aber auch auf Landesebene hierzu alles Zweckdienliche unternehmen.
1258	Die AfD will durch mehr Personal für die Verwaltungsgerichte dafür sorgen, dass mittelfristig die Ge-
1259	setze wieder konsequent angewandt und Verfahren wieder zügig durchgeführt werden. Um Zeit zu
1260	gewinnen, soll die vom BVerfG etablierte Rechtsweggarantie nach Art. 16 GG wegen "faktischer Er-
1261	schöpfung der Leistungsfähigkeit des Justizsystems" vorübergehend ausgesetzt werden.
1262	Aus dem gleichen Grund setzen wir uns dafür ein, dass Asylverfahren bei gefälschten oder nicht vor-
1263	handenen Personaldokumenten künftig sofort als unzulässig abgelehnt werden. Solche Personen
1264	sind unmittelbar an der Grenze zurückzuweisen oder in das Land zurückzubringen, aus dem sie
1265	Deutschland betreten haben.
1266	Wir werden auf Bundesebene auf die konsequente Abweisung bzw. Nichtbearbeitung von Asylanträ-
1267	gen drängen, welche nach dem Dublin-III-Abkommen in anderen Mitgliedsstaaten zu bearbeiten
1268	sind, und eine konsequente Rücküberstellung solcher Antragsteller in diese Länder durch die Bun-
1269	despolizei tatkräftig unterstützen.
1270	8.2.1 Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMA)
1271	einführen
1272	Eine sorgfältige Altersfeststellung bei Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen (UMA) halten wir
1273	für unabdingbar, um die erheblichen Aufwendungen auf tatsächlich Minderjährige zu beschränken.
1274	Es gilt das biologische Alter.
1275	Zweifelsfrei Minderjährige will die AfD wir vorrangig ihren Familien im Heimatland oder derzeitigem
1276	Aufenthaltsort zuführen. Alle anderen sind als Volljährige zu behandeln.
1277	8.2.2 Rechtsverstöße ahnden
1278	Nach wie vor sind die Voraussetzungen für eine gründliche Einzelfallprüfung im Asylverfahren nicht
1279	gegeben, was neben massenhaft rechtswidrigen Asylzusagen zu bedauerlichen Einzelfehlern und
1280	auch zu Korruption geführt hat.
1281	Die AfD will dafür sorgen, dass die zuständigen Zweigstellen des BAMF ausreichend qualifiziertes
1282	sächsisches Personal erhalten, eine regelmäßige Prüfung auf Einhaltung der Verfahren und Anti-
1283	Korruptionsrichtlinien durchgeführt wird und Rechtsverstöße aller Verfahrensbeteiligten – Antrag-
1284	steller wie Sachbearbeiter, Übersetzer und Entscheider – konsequent geahndet werden.
1285	Wir setzen uns zugleich dafür ein, das weltweit einmalige Asylrecht im Grundgesetz durch ein ein-
1286	fachgesetzlich geregeltes Asylrecht zu ersetzen,- wie es in allen anderen Ländern weltweit üblich ist.
1227	Hierzu wollen wir eine hreite gesellschaftliche Dehatte zu einem zeitgemäßen Asyl- und Zuwande-

rungsrecht in Deutschland anregen und Zuwanderung künftig ausschließlich nach Bedarf regeln.

1288

8.3 Sachleistungsprinzip und Transfer-Zentren

Die derzeit nahezu unbeschränkte Bewegungs- und Reisefreiheit von Asylantragstellern und Geduldeten verursacht erhebliche Probleme in den Städten und unnötige Kosten in Verwaltung und Polizei zum Auffinden der Betreffenden selbst für einfachste Verwaltungsvorgänge, erst recht zur Abschiebung.

Die großzügige Versorgung der Antragsteller und später der Geduldeten wirkt als Anreiz für Armutsmigranten. Insbesondere Geldleistungen werden in einem nicht zu vernachlässigenden Umfang zweckentfremdet. Auch ist den Bürgern nicht zu vermitteln, dass hochproblematische Personen mit Ausreisepflicht nicht nach Hause, aber unkontrolliert durch Sachsen und halb Europa reisen.

Die AfD strebt daher die ausnahmslose, verpflichtende Durchsetzung und Ausweitung des Sachleistungsprinzips und der Residenzpflicht für Asylbewerber und Geduldete an. Diese muss auf Bundesebene gesetzlich in einer restriktiven Form mit Strafandrohung verankert werden. Nach Vorbild anderer Bundesländer wollen wir in sächsischen Asylunterkünften flächendeckend nächtliche Ausgangskontrollen, in problematischen Unterkünften ggf. auch Ausgangssperren einführen. Bei UMA in staatlicher Unterbringung sind Ausgehverbote zu prüfen.

8.3.1 Abschiebehaftplätze erhöhen

Die Unterbringung von Antragstellern und Geduldeten soll nach Ethnie, Geschlecht und Religion getrennt in Transfer-Zentren unter Aufsicht des Staatsministeriums des Innern organisiert werden. Diese sollten räumlich verteilte, gut zu sichernde Liegenschaften in der Nähe, aber nicht in den Zentren der sächsischen Ballungsgebiete umfassen, von denen aus zentrale Einrichtungen der beteiligten Behörden (BAMF, Jugendamt, Arbeitsagentur, etc.), die Versorgung mit Sachleistungen zum Lebensunterhalt und notwendigen medizinische Dienstleistungen mit vertretbarem Aufwand erreichbar sind bzw. Zweigstellen im Transferzentrum betreiben. Geduldete und Antragsteller sind in getrennten -Liegenschaften unterzubringen, um unnötige Spannungen und Sicherheitsprobleme sowohl unter den Schutzbegehrenden als auch im öffentlichen Raum unserer Städte zu vermeiden.

Im Rahmen der Transfer-Zentren wollen wir die Zahl der Abschiebehaftplätze in Sachsen von derzeit nur etwa 45 auf mindestens 350 in getrennten Liegenschaften deutlich erhöhen.

8.3.2 Abschiebungen erleichtern und konsquent umsetzen

Wird die Residenzpflicht durchgesetzt, können auch Gefährder und Kriminelle leichter überwacht und notfalls vorbeugend aus dem Verkehr gezogen sowie vollziehbar Ausreisepflichtige leichter am Untertauchen gehindert werden, ohne die im Antragsverfahren befindlichen Personen, insbesondere Kinder und tatsächlich Schutzberechtigte, unnötig zu beunruhigen. Dies wird die Sicherheit in den Städten deutlich erhöhen.

- 1324 Die Abschiebung rechtskräftig abgelehnter Antragsteller ist Länderaufgabe, stößt jedoch häufig auf
- 1325 sachliche Hindernisse in den Zielländern, etwa bei der Beschaffung von Dokumenten. Hier wird die
- 1326 AfD Sachsen auf Bundesebene darauf hinwirken, dass solche Hindernisse auf diplomatischem Wege
- mit dem nötigen Druck beseitigt und weitere Länder als sichere Drittstaaten eingestuft werden.
- 1328 Die AfD will zur Beschleunigung von Abschiebungen in die Aus- und Fortbildung von sächsischen Per-
- sonenbegleitern Luft (PBL) zur Unterstützung der Bundespolizei bei Rückführungen per Lufttransport
- investieren und eine auf Zuführung zu Abschiebehaftanstalten bzw. zum Lufttransport ins Herkunfts-
- 1331 land spezialisierte Abschiebungs-/Rückführungskomponente bei der sächsischen Polizei aufbauen.

1332 8.3.3 Asyl-Antragsteller an der Finanzierung ihrer Versorgung beteiligen

- 1333 Die Unterbringung und der Unterhalt von Asylbewerbern kosten den sächsischen Steuerzahler viel
- 1334 Geld. Es ist nicht einzusehen und höchst ungerecht, dass der Staat von den eigenen Studenten und
- 1335 Auszubildenden die Rückzahlung von Unterhaltsleistungen (BAFöG) verlangt und von eigenen Staats-
- bürgern, die Sozialhilfe beantragen, das Aufbrauchen persönlichen Vermögens, ausländische Aspiran-
- ten aber voll vom Steuerzahler finanziert, obwohl diese nie zum Sozialstaat beigetragen haben und
- zum Großteil auf absehbare Zeit auch nichts beitragen werden.
- 1339 Die AfD will gemäß Asylbewerberleistungsgesetz das in Form von Bargeld und Wertgegenständen
- mitgeführte Vermögen der Antragsteller zur Mitfinanzierung ihrer Versorgung heranziehen.

1341 8.4 Beschränkung der Aufwendungen für Geduldete

- 1342 Subsidiär Schutzbedürftige sowie zeitweise geduldete Personen müssen in absehbarer Zeit unser
- 1343 Land wieder verlassen und nicht integriert werden.
- Daher will die AfD die Aufwendungen für diesen Personenkreis auf das Nötigste also Schutz und
- 1345 Versorgung beschränken, um ihnen einen menschenwürdigen Aufenthalt und eine Vorbereitung
- auf ihre Rückkehr zu ermöglichen. Sie sind zudem an diesen nach Leistungsfähigkeit zu beteiligen.

1347 8.4.1 Geduldete auf Rückkehr vorbereiten

- 1348 Geduldete sind daher weiterhin im Rahmen der Transferzentren unterzubringen, in zentralen Einrich-
- 1349 tungen und in möglichst homogenen Gruppen, um die Selbsthilfe zu erleichtern und die Heimatiden-
- 1350 tität zu erhalten und zu stärken.
- 1351 Die AfD will auf staatlich finanzierte Integrationsmaßnahmen wie Deutschkurse weitgehend verzich-
- 1352 ten und stattdessen die Eigeninitiative stärken, spezielle Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten sowie
- 1353 Dienstleistungsangebote in den und im Umfeld der Einrichtungen aufzubauen. Diese dienen den
- unmittelbaren Bedürfnissen der Geduldeten sowie der Vorbereitung auf die mittelfristige Rückkehr,
- 1355 etwa der Unterricht in der eigenen Sprache und Kultur.

1356	9 UMELT; NATUR- UND TIERSCHUTZ; LANDWIRTSCHAFT
1357	UND VERBRAUCHERSCHUTZ
1358	9.1 Ländlicher Raum
1359	9.1.1 Sachsen sieht Land – die AfD gibt dem ländlichen Räumen wieder neuen
1360	Schwung
1361	Für die AfD ist die Wiederbelebung unserer lange vernachlässigten ländlichen Räume ein zentrales
1362	politisches Anliegen. Jedes sächsische Dorf und jede sächsische Kleinstadt sind uns genauso wichtig
1363	wie Leipzig oder Dresden.
1364	Ländliche Räume sind für die Hälfte unserer sächsischen Bevölkerung Heimat und attraktiver Wohn-
1365	und Erwerbsstandort. Sie beherbergen einen großen Teil unseres Natur- und Kulturerbes. Politisch
1366	verursachte Fehlentwicklungen haben zur Abwanderung insbesondere vieler junger Menschen und
1367	zur Konzentration auf die Städte geführt
1368	Die sächsische AfD wird diesen Prozess bremsen und eine Politik für den ländlichen Raum betreiben.
1369	Wir streben eine räumliche Ausgewogenheit und stärkere Vernetzung zwischen Stadt und Land an,
1370	damit Sachsen insgesamt gedeiht. Mit der AfD werden die politischen Entscheidungen der Zukunft
1371	deutlich auf die Stärkung der ländlichen Räume und des Umlandes von Ballungszentren ausgerichtet
1372	sein!
1373	9.1.2 Unser Programm für den ländlichen Raum
1374	Unsere Leitvorstellungen zielen auf einen wirksamen Stopp der Entvölkerung und Entwertung der
1375	ländlichen Räume Sachsens. Das wollen wir erreichen, indem wir insbesondere unterstützen:
1376	- Mittelstand und Handwerk sowie unsere sächsische Land- und Forstwirtschaft als Arbeit-
1377	geber und Wirtschaftsfaktoren
1378	- die Erhaltung aller Schulstandorte und Kindertagesstätten
1379	- eine wohnortnahe medizinische Grundversorgung mit Ärztehäusern und Apotheken, medizi-
1380	nischem Notdienst und genügend Landärzten und Hebammen
1381	- bezahlbare und wohnortnahe Pflegeeinrichtungen
1382	- die Beseitigung des Investitionsstaus in ländlichen Krankenhäusern
1383	- wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten: Tante Emma-Laden, Gasthof und Bäcker gehören
1384	genauso ins Dorf wie die Kirche
1385	- einen gut vernetzten öffentlichen Personennahverkehr mit einem kostenfreien Schüler-,
1386	Auszubildenden- und Seniorenticket
1387	- ein flächendeckends schnelles Internet durch konsequenten Ausbau des Glasfasernetzes

- Ansiedlung junger Familien, u.a. durch Erleichterung des Bauens und des Sanierens von Bestandsimmobilien auf dem Lande
- 1390 Stärkung der Investitionen in die Kinder- und Jugendarbeit (u. a. Jugendpauschale)
- 1391 Stärkung von ehrenamtlichem Engagement und von Vereinen
- verstärkte Präsenz von Polizeidienststellen (durchgängige Dienstzeiten), Rettungsleitstellen
 (Einhaltung der Rettungszeiten) und Landesbehörden
- flächendeckender Erhalt der Freiwilligen Feuerwehren sowie Verbesserung von deren
 Ausstattung und Aufwandsentschädigung.

9.1.3 Mehr Kompetenzen und Gestaltungsspielräume für die Kommunen

Ländliche Kommunen brauchen eine ihren Aufgaben entsprechende, angemessene Finanzausstattung und wieder mehr Gestaltungsfreiräume.

Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung durch eine Verbesserung der Finanzkraft der Landkreise und der ländlichen Kommunen stärken. Dazu heben wir die allgemeinen Schlüsselzuweisungen für ländliche Kommunen an und begrenzen den sogenannten Veredelungsfaktor bei der Verteilung der Landesmittel, der die großen Städte einseitig bevorzugt. Wir wollen das Subsidiaritätsprinzip, das dem Grundgedanken der Eigenverantwortung, aber auch der Freiheitsrechte und eines demokratischen Miteinanders in der Gesellschaft dient, konsequent anwenden. Das bedeutet eine Dezentralisierung von Aufgaben, Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen.

14061407

1408

1409

1410

1411

1412

1413

1414

1415

1416

1417

1418

1419

1420

1421

1396

1399

1400

1401

1402

1403

1404

1405

Die AfD will den Landesfinanzausgleich dahingehend reformieren, dass die Zuweisungen an ländliche Gemeinden nicht nur über die Einwohnerzahl, sondern auch über die zu unterhaltende Fläche sowie weitere besondere Kriterien bemessen werden.

Damit verbunden ist eine Wiederbelebung des grundgesetzlich verankerten Selbstverwaltungs- und Selbstbestimmungsrechts der Kommunen. Der Freistaat Sachsen hat den Kommunen in der Vergangenheit zu viele zusätzliche Aufgaben ohne angemessenen Ausgleich aufgebürdet und so deren Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt. Die Kommunen müssen ihre Handlungsfähigkeit zurückerhalten, indem vor allem deren Finanzausstattung verbessert wird, um damit eigenständig in die Infrastruktur und andere Aufgaben investieren zu können.

Unsere Kommunen dürfen bei Förderverfahren, ohne die momentan kaum eine Entwicklung angestoßen werden kann, nicht länger zu Bittstellern bei Ministerialbürokratie und EU-Institutionen de-

gradiert werden. Der Fördervollzug ist konsequent zu entbürokratisieren.

9.1.4 Chefsache! – Ein starkes Ministerium für den ländlichen Raum

Wir werten das vorhandene Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt zu einem starken Ministerium für den Ländlichen Raum auf, damit den Belangen des ländlichen Raumes in Zukunft ein höheres

1422	Gewicht zukommt. Das Ministerium für den ländlichen Raum wird mit weitreichenden Kompetenzen
1423	ausgestattet sein.
1424	Die AfD leitet einen grundlegenden Politikwechsel für den ländlichen Raum mit dem Ziel ein, die
1425	schädliche Zentralisierungspolitik auf allen Ebenen zu korrigieren.
1426	Wir werden außerdem darauf hinwirken, dass die Regierungsarbeit insgesamt in Zukunft stärker auf
1427	den ländlichen Raum fokussiert wird und dass die Politik der einzelnen Fachressorts der sächsischen
1428	Staatsregierung diesbezüglich besser aufeinander abgestimmt wird.
1429	9.2 Land- und Forstwirtschaft
1430	9.2.1 Land- und Forstwirtschaft als tragende Säule des ländlichen Raumes erhalten
1431	Die heimische Land- und Forstwirtschaft ist durch nichts zu ersetzen und soll auch in Zukunft die tra-
1432	gende Säule zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft sein.
1433	Die AfD will dem Erhalt der Acker- und Grünlandflächen sowie der Wälder für künftige Generationen
1434	mehr Bedeutung zukommen lassen.
1435	Wir fordern, die Rahmenbedingungen für die sächsische Landwirtschaft so zu gestalten, dass unsere
1436	Landwirte auch bei rückläufigen Agrarsubventionen der EU ihre Betriebe wirtschaftlich tragfähig wei-
1437	terführen können. Für eine steuerfreie Risikorücklage für Landwirte, Gärtner aber auch Forstwirte
1438	werden wir uns einsetzen. Für die gesamtgesellschaftlichen Leistungen unserer privaten und kom-
1439	munalen Land-, Wald- und Teichbesitzer fordern wir eine höhere Wertschätzung. Die Belastungen
1440	der Grundeigentümer müssen reduziert werden.
1441	Daher fordert die AfD die Abschaffung der Grundsteuer für die Landbewirtschafter.
1442	9.2.2 EU-Abhängigkeiten vermindern - Agrarpolitik renationalisieren
1443	Eine Subventionierung der Landwirtschaft muss vorerst bestehen bleiben, da in einem freien globa-
1444	len Wettbewerb sowohl die Produktion als auch der sächsische Bauernstand verschwinden würden.
1445	Der Umweg der Finanzierung über die EU ist umständlich, teuer und widerspricht dem Grundsatz der
1446	Subsidiarität.
1447	Die AfD will die Zuständigkeit für die heimische Landwirtschaft wieder in nationale Hände legen.
1448	Landwirte anderer Staaten sollen nicht mit deutschem Steuergeld subventioniert werden. Eine Be-
1449	nachteiligung sächsischer Landwirtschaftsbetriebe lehnen wir strikt ab und setzen uns für den Aus-
1450	bau der regionalen Verarbeitung und Veredlung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Sachsen ein.
1451	Betriebe in benachteiligten Gebieten oder mit besonderem landschaftserhaltendem Charakter sind

1452

stärker zu fördern.

1453	9.2.3 Bodenspekulation beenden – heimische Landwirtschaft stärken
1454	Land- und forstwirtschaftliche Nutzflächen des Freistaates Sachsen sollen nicht mehr verkauft, son-
1455	dern langfristig an ortsansässige Land-und Forstwirte verpachtet werden.
1456	Die AfD will durch die konsequente Anwendung des Grundstückverkehrsgesetzes Zweckentfremdun-
1457	gen und Spekulationen wirksam unterbinden.
1458	9.2.4 Konventionellen und ökologischen Anbau nicht gegeneinander ausspielen
1459	Es gibt einen Markt sowohl für landwirtschaftliche Produkte aus konventionellem als auch für solche
1460	aus ökologischem Anbau. Die Entwicklung des ökologischen Anbaus in seinen verschiedenen Formen
1461	neben der konventionellen Landwirtschaft stellt deshalb keinen Widerspruch dar, sondern eine sinn-
1462	volle Ergänzung des landwirtschaftlichen Portfolios.
1463	Die AfD fördert einen gesunden Wettbewerb der verschiedenen Produktionsformen, lehnt aber eine
1464	ideologische Zielquote für den Ökolandbau an.
1465	9.2.5 Unabhängige und qualifizierte Beratung für Landwirte und Gärtner
1466	Bei der Einhaltung der in Deutschland strengen Zulassungs- und Anwendungsbestimmungen beim
1467	Einsatz von Pflanzenschutzmitteln soll der Freistaat Sachsen wieder verstärkt eine fachliche Beratung
1468	für Landwirte und Gärtner anbieten.
1469	Der kontrollierte und integrierte Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist eine wichtige Voraussetzung
1470	für die Erzeugung von hochwertigen, umweltgerecht erzeugten und gesunden Nahrungsmitteln.
1471	Die AfD lehnt den Einsatz von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen aus derzeitiger Sicht ab. Das in
1472	Deutschland fachlich gerechtfertigte System der standortbezogenen Düngung nach dem Entzug der
1473	Pflanzen muss auch weiterhin Bestand haben. Starre Obergrenzen der EU für die Düngung sind abzu-
1474	lehnen, da diese hohen Erträgen und einem entsprechenden Qualitätsniveau beispielsweise beim
1475	Anbau von Nahrungsgetreide sowie Obst und Gemüse entgegenwirken.
1476	9.2.6 Sachsen soll sich selbst ernähren können
1477	Eine Verlagerung des Anbaus ins Ausland kann nicht im Interesse unseres Freistaates liegen. Der
1478	Selbstversorgungsgrad in Sachsen bei Milch und Eiern sollte gehalten und bei Schlachtvieh ausgebaut
1479	werden. Denn nur in Deutschland selbst ist die artgerechte Tierhaltung ausreichend zu definieren
1480	und zu kontrollieren.
1481	Die AfD fördert verbesserte Haltungsbedingungen der Nutztiere wie die Schweinehaltung auf Ein-
1482	streu und die Laufstallhaltung für Milchrinder. Die Weidetierhaltung wollen wir als wichtigen Be-
1483	standteil der Landschaftspflege sowie zur Erzeugung von hochwertigem Rind- und Schaffleisch effek-
1484	tiver fördern. Wir streben einen weitgehenden Einsatz von regional angebauten Futtermitteln an. Die
1485	Forschung und Förderung des effizienteren Anbaus von Fiweißpflanzen wollen wir ausbauen.

1486	Bis auf den tiermedizinisch unbedingt notwendigen Einsatz soll auf Antibiotika verzichtet werden.
1487	9.2.7 Kleintierhalter und Kleingärtner unterstützen
1488	Wer in Garten und Kleintierstall frische Lebensmittel selbst erzeugt, dazu die genetische Vielfalt bei
1489	Pflanzen und Tieren erhält und außerdem einen wichtigen Beitrag für den Umweltschutz und unsere
1490	Kulturlandschaft erbringt, schafft für sich und andere ein bedeutendes Stück Lebensqualität.
1491	Die AfD setzt sich für den Erhalt des Kleingartenwesens und der Kleintierzucht ein, da diese zum Er-
1492	halt alter Sorten und Nutztierrassen beitragen.
1493	Dazu fordert die AfD den Abbau der bürokratischen Hürden für die Kleintierzucht im ländlichen
1494	Raum, vor allem im Baurecht. Kommunale Polizeiverordnungen dürfen Tierhaltung und Kleintier-
1495	zucht nicht generell einschränken.
1496	Wir fordern einen besseren Zugang zu veterinärmedizinischen Informationen für die Tierhalter.
1497	9.2.8 Regionale Vermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausbauen
1498	Die regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Sachsen ist über die Stärkung regiona-
1499	ler Wertschöpfungsketten auszubauen. Es soll ein Herkunftssiegel für Produkte aus sächsischer Er-
1500	zeugung eingeführt werden. Marketing und Werbekampagnen für sächsische Produkte sind zu unter-
1501	stützen sowie auch die Direktvermarktung.
1502	Die AfD will regionale Erzeugergemeinschaften zur Stärkung ihrer Marktposition und bei der Ver-
1503	marktung ihrer Produkte sowie beim Einkauf von Betriebsmitteln fördern. Wir wollen die Erzeuger
1504	bei den notwendigen Zertifizierungen zur Lebensmittelsicherheit und bei der Einhaltung von Um-
1505	weltstandards unterstützen und weitere Fusionen im Agrarhandel und insbesondere im Lebensmitte-
1506	leinzelhandel verhindern.
1507	9.2.9 Verbesserung der gesellschaftlichen Anerkennung der Landwirtschaft
1508	Unseren Kindern soll in der Schule zukünftig wieder verstärkt die Bedeutung und Funktionsweise
1509	unserer heimischen Landwirtschaft vermittelt werden. Dazu gehört auch die Entwicklung eines
1510	Grundverständnisses für moderne landwirtschaftliche Produktionsweisen und für die Bedeutung der
1511	Landwirtschaft für die Erhaltung und Pflege unserer Kulturlandschaft.
1512	Über die Verbesserung der Akzeptanz der Landwirtschaft kann auch die Attraktivität der landwirt-
1513	schaftlichen Berufe wieder erhöht werden, denn momentan fehlt der qualifizierte Nachwuchs.
1514	Die AfD will die Rahmenbedingungen für die sächsische Landwirtschaft durch einen Abbau der Büro-

kratie sowie fachlich nicht begründete Auflagen verbessern.

1515

1516	9.3 Tierschutz
1517	9.3.1 Schluss mit qualvollen und unwürdigen Tiertransporten
1518	Tiertransporte, die des Schlachtens wegen durchgeführt werden, sollen verpflichtet werden, den
1519	nächstgelegenen Schlachthof zu nutzen. Wir fordern eine zeitliche Begrenzung der Tiertransporte
1520	innerhalb Deutschlands auf maximal 5 Stunden, zuzüglich zwei Stunden Ladezeit.
1521	Regionale Schlachthöfe, die den Anforderungen des Tierschutzes und der tierseuchenrechtlichen
1522	Bestimmungen gerecht werden, sind deshalb zu fördern.
1523	Die Tiertransporte, insbesondere im Transitbereich, sollen auf sächsischen Straßen mehr kontrolliert
1524	werden. Um die Landkreise zu entlasten, muss der Freistaat die Kosten der Kontrollen übernehmen.
1525	Die AfD will unwürdige Tiertransporte stoppen und bei Verstößen gegen den Tierschutz und tierseu-
1526	chenrechtliche Bestimmungen härtere Sanktionen einführen.
1527	9.3.2 Nur tierschutzgerechte Schlachtungen
1528	Am generellen Verbot von Schächtungen wird festgehalten. In Sachsen sollen keine Ausnahmege-
1529	nehmigungen erteilt werden, auch nicht aus religiösen Gründen.
1530	Die AfD fordert die Aufnahme einer amtlichen Statistik (auf Bund- und Länderebene) zur Anzahl der
1531	in Deutschland geschächteten Tiere (legale sowie bekannte illegale Schächtungen).
1532	9.3.3 Tierheime in Sachsen unterstützen
1533	Die AfD bekennt sich zu aktivem Tierschutz und fordert eine bessere finanzielle Ausstattung der
1534	sächsischen Tierheime. Es wird ein Lohnkostenzuschuss für die in der Tierpflege und Tierversorgung
1535	tätigen Mitarbeiter der Tierschutzvereine gefordert.
1536	Die AfD will die Mittel für Futter- und Tierarztkosten für Tierheime aufstocken sowie für die Einhal-
1537	tung einheitlicher Mindeststandards bei der Tierunterbringung sorgen.
1538	9.4 Naturschutz
1539	9.4.1 Biologische Vielfalt schützen und entwickeln, Sachsens Kulturlandschaften
1540	bewahren
1541	Aus Sicht der AfD ist erfolgreicher Naturschutz auf eine naturnahe Nutzung unserer Kulturlandschaf-
1542	ten und auf das Belassen ungenutzter Standorte angewiesen.
1543	Naturschutzleistungen land- und forstwirtschaftlicher Unternehmen sind fair und langfristig zu hono-
1544	rieren.
1545	Wesentliche Schwerpunkte des Naturschutzes sind die Erhaltung, Aufwertung und Neuanlage von
1546	Lebensräumen wildlebender Tiere und Pflanzen in Offenland, Wald und Gewässern, der Ausbau eines
1547	flächendeckenden Netzes naturnaher Lebensräume und der Artenschutz

1548 Wir streben praktischen Erfolg durch Planungssicherheit an: Wir fordern ein unbürokratisches För-1549 derangebot für ergebnisorientierte Naturschutzmaßnahmen in Sachsen.

Naturschutz braucht kompetentes Personal und leistungsfähige Strukturen: Privates Engagement und Kooperationen zwischen Vertretern von Naturschutz und Landnutzern müssen erhalten und wirksam gestärkt werden.

Die AfD fördert die Weidetierhaltung, um sie wieder zum Kernanliegen des Naturschutzes auf Grünland zu machen. werden. Sie ist daher entschlossen und wirksam zu fördern.

Wir wollen weiter fordern eine angemessene Weidetierprämie, um z. B. Mutterkuh-, Schaf- und Ziegen-haltende Unternehmen effektiv zu unterstützen. Wir wollen Wertschätzung durch Wissensvermittlung fördern: Naturschutzberatung für Landnutzer, Umweltbildung und naturschutzbezogene Öffentlichkeitsarbeit werden besonders unterstützt. Eine ehrliche Diskussion über die Wirksamkeit und die Praxistauglichkeit des europäischen Schutzgebietssystems Natura 2000 in Sachsen ist notwendig.

9.4.2 Regulierung der Wolfsbestände zum Schutz von Menschen, Weidetieren und unserer Kulturlandschaft

In Sachsen ist der Wolf nicht mehr vom Aussterben bedroht. Deshalb fordert die AfD, dass der besondere Schutz des Wolfes durch den Anhang IV der FFH – Richtlinie der EU aufgehoben wird. Wir streben eine für unsere Kulturlandschaft verträgliche Populationsdichte des Wolfes an. Verluste von Weide- und Haustieren sowie Nachteile und Gefahren für Menschen auf dem Lande müssen ausgeschlossen werden.

Wir fordern mehr Transparenz über die Größe und das Wachstum des sächsischen Wolfsbestandes mit exakten Zahlen.

Die AfD will das derzeitige Wolfsmanagement durch ein ganzheitliches Wildtiermanagement ersetzen, das allen Nutzern des ländlichen Raumes gerecht wird. Wolf-Haushund-Hybriden sind eine Gefahr für den Schutz des echten Wolfes und demnach komplett zu entnehmen. Die Bevölkerung in den "Wolfsgebieten", Landwirte, Nutztierhalter, betroffene Flächeneigentümer und -bewirtschafter sind stärker einzubinden. Wir fordern die Festlegung von Wolfskerngebieten in besonders dünnbesiedelten Teilen des Landes, in denen die Wolfspopulationen durch ein Bestandsmonitoring überwacht werden. Hier werden zur Regulierung der Wolfsbestände Abschusspläne und Schonzeiten eingeführt. Direkte Weidetierverluste durch Wolfsrisse, Folgeschäden der Tierherde sowie die Neubeschaffung von Weidetieren sind vollumfänglich zu erstatten.

9.4.3 Fischer und Angler unterstützen

Sachsens professionelle Fischereibetriebe sowie die über 43.000 organisierten Angler spielen eine wichtige Rolle für den aktiven Gewässerschutz sowie für die Nutzung und Regulierung der Fischbestände.

Zu ihrer Unterstützung will die AfD daher die Unterschutzstellungen von Fischzuchtbetrieben überprüfen, die der EU-Bürokratie geschuldeten falschen Kartierungen (Lebensraumtyp 3150) korrigieren und die Rahmenbedingungen für die EMFF-Förderung der sächsischen Aquakultur verbessern. Prädatoren wie Kormoran oder Fischotter sollen unter das Jagdgesetz gestellt werden. Die Durchgängigkeit aller Fließgewässer muss sichergestellt sein und darf weder durch Kleinwasserkraftanlagen noch übermäßigen Wasserstraßenausbau eingeschränkt werden.

9.4.4 Keine weitere Verschandelung unserer Landschaft durch den Ausbau von Windkraftanlagen

Gegen den Willen der Bürger in den betroffenen Kommunen darf es in Sachsen keine weiteren Windkraftanlagen bzw. keinen weiteren Ausbau von bestehenden Windkraftanlagen (Repowering) geben.

Die AfD Trägt dafür Sorge, dass der Abstand der Windenergieanlagen zu Wohnbebauungen mindestens das 10-fache der Gesamthöhe beträgt (10-H-Regel). Aus Gründen des Arten- und Landschaftsschutzes darf es in Wäldern, Naturparks, Naturschutzgebieten und Gebieten mit besonders landschaftsprägendem Charakter generell keine weiteren Genehmigungen für Windkraftanlagen geben.

1599 10 GESUNDHEITSPOLITIK

1628

1629

1600	"In dem Augenblick, in dem Fürsorge dem Profit dient, hat sie die wahre Fürsorge verloren"
1601	(Bernard Lown)
1602	Dies spiegelt sich leider auch im Freistaat Sachsen wieder: Der schleichende Wandel vom "Gesund-
1603	heitswesen" als Teil des Sozialsystems unserer Gesellschaft zur "Gesundheitsindustrie" als Teil des
1604	Wirtschaftssystems mit Renditeerwartungen nimmt zu. Die gesundheitliche Versorgung der sächsi-
1605	schen Bevölkerung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und erfordert deutlich mehr Gemein-
1606	wohlorientierung. Sie hat sich am Patienten, seiner Würde und seinen Grundrechten auszurichten.
1607	Dafür setzt sich die AfD ein.
1608	10.1 Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung
1609	10.1.1 Arztzahlen dem tatsächlichen Bedarf anpassen
1610	Der Facharzt - Landarzt und Notarztmangel macht sich in vielen Landesteilen durch lange Wartezei-
1611	ten und Aufnahme-Stopps von Patienten bemerkbar. Die kassenärztlichen Zulassungskriterien zur
1612	Vergabe von Arztniederlassungen entsprechen nicht mehr der demografischen Entwicklung, dem
1613	aktuellen Behandlungsbedarf, dem hohen Frauenanteil unter Medizinern und der steigenden Teil-
1614	zeitarbeit.
1615	Die AfD fordert, die Arztzahlen dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Übergangsweise sind unbüro-
1616	kratisch Ausnahmeregelungen zur Einrichtung neuer Arztpraxen zu schaffen.
1617	Außerdem fordern wir die Wiedereinführung des praktischen Arztes in Sachsen. Dieser kann sofort
1618	nach dem Studium und einem 6-monatigen Einsatz bei einem Hausarzt, offene Hausarztpraxen über-
1619	nehmen und damit die medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherstellen. Die Rahmenbedin-
1620	gungen für seine berufsbegleitende Facharztausbildung müssen dafür entsprechend geändert wer-
1621	den.
1622	10.1.2 Sicherung der regionalen ärztlichen Versorgung
1623	In den Gebieten, in denen die ärztliche Versorgung nicht garantiert wird, müssen Kommunen und
1624	Landkreise den Sicherstellungsauftrag übernehmen und eigene Arztpraxen einrichten. Weiterhin sind
1625	zur Besetzung offener Landarztpraxen die Rahmenbedingungen finanziell und infrastrukturell zu ver-
1626	bessern.
1627	10.1.3 Rettungsdienstzeiten garantieren

Die Rettungsdienstzeiten von 12 Min. (Frist vom Ausrücken bis zur Ankunft beim Patienten) werden

schon länger nicht mehr flächendeckend gewährleistet. Der Erhalt und Ausbau der Notfallaufnahmen

1630 im Land ist bedarfsabhängig zu gestalten und nicht aus ökonomischen Gründen dem "gestuften Not-1631 fallsystem" zu opfern. 1632 Die AfD will die Rettungsdienstzeiten in allen Landesteilen ggf. durch eine größere Dezentralisierung 1633 der Rettungswachen garantieren.. Eine Entlastung der Notdienste kann auch durch eine bessere Ver-1634 netzung der Notrufnummern 112 und des ärztlichen Bereitschaftsdienstes 116117 erreicht werden. 10.1.4 Telemedizin ausbauen 1635 1636 Die AfD setzt sich für den beschleunigten Ausbau der Telemedizin ein. Die Telemedizin ersetzt nicht 1637 den generellen Arztbesuch. Wir sehen darin, die Zustimmung der Patienten vorausgesetzt, eine 1638 Chance zu einer besseren medizinischen Versorgung. 1639 Die AfD will die landesweite der IT-Infrastruktur als Voraussetzung für den Ausbau der Telemedizin 1640 verbessern. 1641 10.1.5 Migrantenambulanzen einrichten 1642 Die zeitintensive Versorgung von Migranten strapaziert die angespannte Personalsituation im medi-1643 zinischen Bereich zusätzlich. Teilweise besteht ein erhöhtes Infektionsrisiko für Patienten und Perso-1644 nal. 1645 Die AfD will die bedarfsabhängig Migrantenambulanzen einrichten, auch um ärztliche Fehlbehand-1646 lungen aufgrund sprachlicher und kultureller Verständigungsprobleme zu vermeiden. 1647 10.2 Krankenhausversorgung und Rehabilitation verbessern 1648 Der Marktanteil privater Krankenhausketten und zunehmend renditeorientierter Krankenhäuser und 1649 Kurkliniken hat sich vervielfacht, während der Anteil der öffentlichen und konfessionellen Einrichtun-1650 gen zurückgegangen ist. Wir fordern daher, die Trägervielfalt zu erhalten. 1651 1652 Es gibt Bestrebungen, die Krankenhauslandschaft für die Basis- und Grundversorgung zu zentralisie-1653 ren. Wir fordern dagegen eine wohnortnahe und flächendeckende Basisversorgung. Ineffiziente klei-1654 nere Krankenhäuser sind in Praxiskliniken, vorzugsweise unter Führung niedergelassener Vertrags-1655 ärzte, umzustrukturieren. Auch muss die vertragsärztliche Versorgung in diesen Häusern zugelassen 1656 werden. 1657 1658 Beim momentanen DRG-System (Abrechnungssystem in den Krankenhäusern) steht der Fall und 1659 nicht der Mensch im Mittelpunkt. Die AfD Sachsen fordert eine Abkehr vom DRG-System, da DRG-1660 Fallpauschalen die bedarfs- und leistungsgerechte Versorgung der Bevölkerung nicht sichern können. 1661

Rehabilitationsmaßnahmen werden oftmals nur unzureichend durchgeführt. Aufgrund von personellen und infrastruktureller Engpässe fallen erforderliche Behandlungen aus. Wir fordern auch hier, die Personalsituation und die Modernisierungen dem Bedarf anzupassen.

Der Freistaat Sachsen hat es in den letzten Jahren versäumt, notwendige Investitionen zum Erhalt der Krankenhäuser zu tätigen. Folgen sind eine zunehmende marode bauliche und medizintechnische Infrastruktur in vielen sächsischen Krankenhäusern. Die AfD fordert die Beseitigung des Investitionsstaus von z.Z. 350 Mio. Euro in den Krankenhäusern.

10.3 Pflegenotstand in Sachsen bekämpfen

10.3.1 Ausgewogene Trägervielfalt

Die Pflegefällt in Sachsen nehmen stetig zu. Von 2009 bis 2020 stieg die Zahl um 28%, bis 2030 wird sie um 46 % anwachsen. Tausende Pflegekräfte fehlen bereits jetzt. Aktuelle Folgen sind u.a. Aufnahmestopps in 4 Pflege- und Altenheimen Sachsens. Der Personalmangel an Pflegekräften und Ärzten ist vor allem im ländlichen Raum spürbar. Perspektivisch wird er auch in den Großstädten Dresden und Leipzig eintreten. Die Kommerzialisierung der Pflege durch renditeorientierte internationale Finanzinvestoren kann den Mangel, insbesondere den Verlust an individueller Zuwendung, weiter verstärken. Die Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und erfordert deutlich mehr Gemeinwohlorientierung. Die Trägervielfalt aus öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Pflegeeinrichtungen muss ausgewogen sein.

10.3.2 Landespflegegeld einführen

Die große Mehrheit der Pflegebedürftigen möchte so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden verbleiben. Mehr als 70 Prozent der Pflegebedürftigen werden noch zu Hause gepflegt, viele davon ausschließlich von ihren Angehörigen. Pflegende Angehörige leisten einen wesentlichen Beitrag zum würdigen Altern, teilweise unter Aufgabe ihres Berufes, ohne dafür eine entsprechende finanzielle Unterstützung zu erhalten.

Die AfD setzt sich dafür ein, die ambulante Pflege im gewohnten Umfeld zu stärken. Wir fordern deshalb die Einführung eines Landespflegegeldes in Höhe von mindestens 300 Euro / Monat und die Angleichung der gesetzlichen Pflegegeldleistungen in der häuslichen Pflege an die der ambulanten Pflegedienste. Außerdem muss die Eigenbeteiligung in der stationären Pflege begrenzt werden. Im Bereich der Wohnungsbau- und Stadtentwicklung sollte der "demographische "Mix" berücksichtigt werden, um der alternden Bevölkerung den Zugang zum gesellschaftlichen Leben weiter zu ermöglichen.

1694 10.3.3 Pflegeberuf attraktiver machen

- Die Belastung der professionellen Pflegekräfte ist enorm und ihre Arbeit hoch zu würdigen.
- 1696 Wir fordern deshalb einheitliche, verbindliche und kontrollierbare Vorgaben zur Personalbemessung,
- 1697 Absenkung der Arbeitszeiten sowie eine bundesweite Angleichung der Entlohnung. Damit wird der
- 1698 Pflegeberuf wieder attraktiver, auch für alle jungen Sachsen, die zukünftig einen verpflichtenden
- 1699 Dienst für die Gemeinschaft leisten sollten. "Rückkehrprämien" für ausgebildete Pflegekräfte sollten
- 1700 sofort eingeführt werden.

1701 10.3.4 Qualitätskriterien überarbeiten

- 1702 Die Qualitätskriterien zur Einhaltung der pflegerischen und sozialen Bedingungen in der stationären
- und ambulanten Pflege sind dringend zu überarbeiten. Die Kontrollzeiträume für die 1.068 ambulan-
- 1704 ten und 885 stationären Pflegeeinrichtungen müssen verkürzt und durch mobile Pflege-
- 1705 Kontrollgruppen ergänzt werden.

1706 10.4 Gesundheitsprävention stärken

1707 10.4.1 Hochwertiges und frisch zubereitetes Schul-Essen für alle Schüler

- 1708 Die sächsische Bevölkerung leidet zunehmend an Erkrankungen infolge von Fehlernährung und Be-
- wegungsmangel. Eine gesunde Lebensweise muss in allen Lebensbereichen Einzug halten.
- 1710 Wir fordern statt der angedachten Steuererhöhungen ("Zuckersteuer") gesetzliche Regelungen und
- 1711 Vorgaben für die Ernährungsindustrie.
- 1712 Wir wollen allen Schülern ein hochwertiges und frisch zubereitetes Essen, staatlich bezuschusst, be-
- 1713 reitstellen.

1714 10.4.2 Breitensport stärken

- 1715 Viele unserer Kinder und Schulabgänger sind adipös, es fehlt ihnen an Fitness und motorischen Fä-
- 1716 higkeiten.
- 1717 Wir fordern die stärkere Etablierung der Gesundheitserziehung in den Schulalltag, um Ernährungs-
- 1718 und Bewegungsgewohnheiten frühzeitig positiv zu beeinflussen. Der Vereinssport im Bereich Brei-
- tensport ist zu stärken. Es muss eine Mindestanzahl an hauptamtlichen qualifizierten Trainern einge-
- 1720 stellt werden. Außerdem müssen Schulsportangebote ausgebaut und ehrenamtlich tätige Mitarbei-
- ter in den Sportvereinen deutlich stärker als bisher finanziell unterstützt werden.

1722 10.4.3 Suchtprävention verbessern

- 1723 Über die Folgen des steigenden Drogen- und Suchtmittelmissbrauchs muss wesentlich mehr aufge-
- 1724 klärt werden.
- 1725 Die AfD Sachsen will die Suchtbehandlungs- und Beratungsstellen personell und finanziell stärken.

1726	10.4.4 Gesundheitsfolgen von Technik erforschen
1727	Die gesundheitlichen Gefahren von Lärm, Lichtsmog, Strahlen durch die Mobilfunktechnologie und
1728	Infraschall, hervorgerufen durch Windkraftanlagen, sind kaum erforscht.
1729	Die AfD fordert eine industrieunabhängige Forschung. Ziel muss es dabei sein, die Risiken für die
1730	menschliche Gesundheit unabhängig von Partikularinteressen zu erforschen und Abwehrmaßnah-
1731	men herzuleiten.
1732	10.5 Mehr Medizinstudienplätze in Sachsen - Ärztemangel und
1733	Landarztmangel bekämpfen
1734	Offiziell steigende Arztzahlen verschleiern den vor allem auf dem Land, aber zunehmend auch in der
1735	Stadt spürbarer werdenden Mangel an Allgemein- und Fachärzten. Der Ärztemangel wird neben dem
1736	demographischen Wandel und dem rasanten medizinischen Fortschritt auch durch Tendenzen zur
1737	Teilzeitarbeit und dem Wunsch nach besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie verschärft. Dem
1738	muss Rechnung getragen werden.
1739	
1740	Die AfD fordert die längst überfällige Erhöhung der Medizinstudienplätze in Sachsen. Diese Zahl ist
1741	seit Jahren relativ konstant. Unser Land verfügt über ausreichend studierwillige und studierfähige
1742	junge Menschen. Bei der Studienplatzvergabe sollte eine Landarztquote eingeführt werden. Zusätz-
1743	lich müssen 49 % der Studienplätze sächsischen Bewerbern vorbehalten bleiben.
1744	
1745	Zur besseren Vernetzung des Medizinstudiums mit medizinischen Einrichtungen in sächsischen Klein-
1746	städten und ländlichen Regionen müssen die dortigen Rahmenbedingungen für Praktika und Famula-
1747	turen organisatorisch und finanziell verbessert werden.
1748	
1749	Die Sicherheit unserer Patienten ist oberstes Gebot. Für die Zulassung von Ärzten aus Drittstaaten
1750	fordert die AfD neben sehr guten Sprachkenntnissen explizit auch die erfolgreiche Teilnahme am 2.
1751	und 3. Abschnitt der Ärztlichen Prüfung.
1752	10.6 Schutz vor Infektionskrankheiten / Epidemien
1753	Massenhafte Zuwanderung stellt auch das sächsische Gesundheitssystem vor große Probleme. Iden-
1754	tität und Alter der betroffenen Personen sind auch unter medizinischen bzw. epidemiologischen Ge-
1755	sichtspunkten wichtige Informationen. Nur so können die medizinische Versorgung der Migranten
1756	sinnvoll organisiert und der Schutz aller Beteiligten, auch der einheimischen Bevölkerung, vor Infek-

Sicht, nur Menschen mit gesicherter Identität aufnehmen.

tionskrankheiten gesichert werden. Sachsen sollte, auch aus medizinischer bzw. epidemiologischer

1757

1758

1759	
1760	Durch rasche Diagnosestellung bzw. rechtzeitigen Therapiebeginn ist ein Schutz vor Ausbreitung in-
1761	fektiöser Erkrankungen möglich.
1762	Die AfD will dafür sorgen, dass obligate Untersuchungen bei der Einreise nach Sachsen folgende In-
1763	fektionen umfassen müssen: TBC, HIV, Hepatitis, parasitäre Darmerkrankungen, Syphilis, anstecken-
1764	de Hauterkrankungen. Bei Änderung der Gefahrenlage muss der Umfang der Untersuchungen unbü-
1765	rokratisch ausgedehnt werden können.
1766	
1767	Der Infektionsschutz ist durch zunehmende Migrationsbewegungen nicht mehr vollständig gewähr-
1768	leistet. Neben Aufnahmeuntersuchungen muss gewährleistet werden, dass die hieraus resultieren-
1769	den ärztlichen Vorgaben eingehalten und angeordnete Maßnahmen durchgeführt werden.
1770	
1771	Alle Untersuchungsergebnisse sowie der aktuelle Impfstatus sind auf einem biometrischen Gesund-
1772	heitspass zu dokumentieren. Der freie Zugang zu allen Informationen und Daten in Bezug auf die
1773	Migration ist auch beim Thema Gesundheits- und Infektionsschutz zu gewährleisten.

1774 11 ENERGIE; TECHNIK UND KLIMASCHUTZ

11.1 Technologie 1775 1776 Die derzeitige Energiepolitik fußt auf der in keinem einzigen wissenschaftlichen Test oder Experiment 1777 bewiesenen Hypothese, dass der Mensch mit seinen CO2-Emissionen das Klima messbar beeinflusst. 1778 Selbst wenn man dieser Hypothese folgte, würde Deutschland bei kompletter CO2-Neutralität und 1779 bei Verwendung der Berechnungsmethoden des sogenannten Weltklimarates eine Temperaturstei-1780 gerung nur um 0,000653 ° Celsius - Sachsen dementsprechend noch weniger - verringern. 1781 Die Altparteien nehmen für die Durchsetzung ihrer sogenannten Klimaziele und vor allem durch die 1782 Konzentration auf "Neue Instabile Energien in Kauf: 1783 die Deindustrialisierung Deutschlands, besonders der mitteldeutschen Länder, 1784 eine unverantwortliche Gefährdung der Versorgungssicherheit, die höchsten Strompreise in Europa, 1785 immer weiter steigende Baukosten, 1786 1787 irreparable Schäden für unsere Natur und Umwelt und 1788 Gesundheitsschäden der Menschen 1789 Diese Große Transformation in sozialistischer Manier, wie sie im Klimaschutzplan 2050 verlangt 1790 und geplant ist, werden wir beenden und zu einer Energiepolitik zurückkehren, die eine stabile, 1791 preiswerte und sichere Stromversorgung gewährleistet. 1792 11.1.1 Gegen unrealistische EU Grenzwerte 1793 Die AfD setzt sich gegen unrealistische EU Grenzwerte für NOx, Feinstaub und CO2 ein. Die Relevanz 1794 dieser Grenzwerte muss genau definiert und wissenschaftlich belegbar sein. 1795 Die AfD fordert, dass die Messstationen für Schadstoffe nach einheitlichen, klar definierten Messverfahren an solchen Stellen errichtet werden, wo für das Stadtgebiet durchschnittliche Werte 1796 1797 zu erwarten sind. Die derzeitige Praxis der Behörden, die Messstationen in sogenannten "Hot Spots", 1798 d.h. eng begrenzten Bereichen mit den höchsten zu erwartenden Messwerten aufzustellen, führt zu 1799 nicht vergleichbaren, undefinierten, oft überhöhten Messergebnissen, welche die Situation in 1800 unzulässiger Weise verzerren. 11.1.2 Für die weitere Nutzung des Verbrennungsmotors 1801 Die AfD wendet sich gegen alle Tendenzen einer ideologisch geführten Deindustrialisierung 1802 1803 Deutschlands und setzt sich für die weitere Nutzung und Entwicklung des Verbrennungsmotors ein, 1804 bis eine konkurrenzfähige Technologie vorhanden ist. Das Elektroauto ist wegen der geringen 1805 Energiedichte der existierenden Akkumulatoren in naher Zukunft abgesehen von Nischeneinsätzen

im Stadtverkehr als Massenprodukt nicht ökonomisch und energetisch sinnvoll einsetzbar.

1806

Die AfD lässt nicht zu, das klein- und mittelständische Unternehmen durch Fahrverbote von typgeprüften Fahrzeugen geschädigt werden. Deutschlands Industrie ist führend im Maschinenbau und besonders bei der Technologie von Verbrennungsmotoren. Die Kfz-Industrie ist einer der Schlüsselzweige der einheimischen Wirtschaft. Das darf nicht durch unsinnige Fahrverbote und unrealistische Grenzwerte zerstört werden.

11.2 Infrastruktur

Die AfD setzt sich ein für die Schaffung von politischen Rahmenbedingungen zur Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf alternative Transportwege ein, um die überbeanspruchten Autobahnen zu entlasten. Dabei ist besonders die Entflechtung von Güter- und Personenverkehr voranzutreiben. Das Schienennetz ist so auszubauen, dass die durchschnittliche Transportgeschwindigkeit von Gütern mit derjenigen des straßengebundenen Güterverkehrs konkurrenzfähig wird.

Über massive Investitionen in das sächsische Straßen- und Schienennetz müssen die erforderlichen Kapazitäten zur Bewältigung des ständig wachsenden europäischen Transitverkehrs insbesondere auf der Ost-West-Trasse geschaffen werden. Anstelle in ideologische Großprojekte wie der "Energiewende" sind die Mittel in die weitere Elektrifizierung und Beschleunigung des sächsischen Schienennetzes und dessen Ausbau als Hochgeschwindigkeitstrasse zu stecken, wie z.B. die Begradigung der Sachsen-Franken-Magistrale Dresden-Chemnitz-Zwickau-Hof/Bayern, den bedarfsgerechten Ausbau und Elektrifizierung der noch weitgehend eingleisigen Bahnstrecke Chemnitz-Leipzig sowie die Elektrifizierung der Strecke Dresden-Görlitz-Breslau.

Die AfD fordert die volle Verkehrsanbindung aller Regionen von Sachsen, darunter die bislang vernachlässigten Regionen wie die Lausitz und Niederschlesien. Die S-Bahn-Netze um Dresden und Leipzig sowie das Chemnitzer Modell (Verbindung der regionalen Eisenbahnetze mit dem Chemnizter Straßenbahnnetz) sind auszubauen, um das Einzugsgebiet für Pendler zu erhöhen und die Anbindung an das Umland zu verbessern mit dem Ziel, den Wohnungsmarkt in diesen Städten zu entlasten. Es soll auch die Anbindung an die Wirtschafts- und Tourismuszentren benachbarter osteuropäischer Länder verbessert werden, wie z.B. über den Ausbau der Eisenbahntrasse zwischen Dresden und Breslau. Für den Ausbau der für den öffentlichen Nahverkehr relevanten öffentlichen Infrastruktur wird der Freistaat den zuständigen kommunalen Aufgabenträgern Fördermittel bereitstellen und gleichzeitig die Vergabe der Mittel gegenüber der heutigen Verfahrensweise deutlich beschleunigen. Zur Erweiterung der Transportkapazitäten sind die sächsischen Güterbahnhöfe als multimodale Terminals auszubauen. Das bahnseitige Verkehrsangebot ist in den ersten Jahren als Anschubfinanzierung öffentlich mitzufinanzieren.

Die AfD wird sich darüber hinaus über den Bundesrat für die flächendeckende/EU-weite Einführung einer standardisierten innovativen, kranlosen Verladetechnik im kombinierten Verkehr Straße/Schiene einsetzen.

Das Konzept der Rollenden Landstraße, das in den 90er Jahren noch an unzureichenden Rahmenbedingungen gescheitert war, soll durch die Schaffung von geeigneten Voraussetzungen umfassend verwirklicht werden. Sachsen soll über das "Sachsen Y" (Görlitz-Dresden-Leipzig / Chemnitz-Hof) optimal mit den angrenzenden Bundesländern verbunden werden. Das Projekt eines grenzüberschreitenden Tunnels durch das Erzgebirge als Teil der Eisenbahn-Neubaustrecke Dresden-Prag ist als geeignetes Mittel zur Erhöhung der Transportkapazität für Güter, zur Entlastung des Elbtals von Lärm und Luftverschmutzung sowie als hochwassersichere Verkehrsverbindung voranzutreiben.

18511852

1853

1854

1855

1856

1857

1858

1859

1860

1861

1862

1863

1864

1865

1866

1867

1868

18691870

1871

1872

1873

1841

1842

1843

1844

1845

1846

1847

1848

1849

1850

Es sind über den Bundesrat gesetzliche und organisatorische Maßnahmen zu treffen, dass der Transport von Gütern durch Sachsen (Deutschland) über das Ausweichen auf alternative Transportwege wie Schiene und Binnenschifffahrt stattfindet, damit die Belastung der Bevölkerung mit Lärm- und Abgasemissionen reduziert wird und die Autobahnen entlastet werden.

11.3 Nahverkehr

Die Organisation und die Bestellung des regionalen Eisenbahnnahverkehrs bei den fünf kommunalen Zweckverbänden entspricht dem AfD-Ansatz, dass Entscheidungen soweit wie möglich vor Ort getroffen werden. Zur besseren Vernetzung des Nahverkehrs soll den Zweckverbänden von den Landkreisen ebenfalls die Organisation und Bestellung des regionalen Busverkehrs übertragen werden. Die Bildung verkehrsverbundübergreifender Nahverkehrstarife (Bus, Straßenbahn, Eisenbahn) für Pendler und Gelegenheitsfahrer wird als weitere Aufgabe für die kommunalen Zweckverbände in das sächsische ÖPNV-Gesetz aufgenommen. Die Umsetzung verbundübergreifender Bildungstickets wird fortgeführt. Die Erweiterung des bereits bestehenden Sachsentickets auch für Fahrten vor 09:00 Uhr wird vom Freistaat Sachsen finanziell unterstützt. Vorrang vor der reinen Subventionierung von Tickets - mit Ausnahme von Schüler-, Azubi- und Seniorentickets wie von der derzeitigen Landesregierung angestrebt - bekommt jedoch der Ausbau des Verkehrsangebots im ländlichen Raum (Einführung von PlusBus und TaktBus-Systemen). Dadurch soll insbesondere auch für Kinder und Jugendliche der selbständige Besuch von Bibliotheken, Musikschulen und Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit ermöglicht werden. Die Qualität des Nahverkehrsangebots (Bus und Bahn) wird der Freistaat regelmäßig von externen Sachverständigen evaluieren lassen. Die Bereitstellung finanzieller Mittel an die kommunalen

Aufgabenträger ist auch von der Beseitigung dabei festgestellter Mängel abhängig zu machen.

11.4 Energiepolitik

1874

1875

1904

1905

1906

1907

11.4.1 Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) abschaffen

1876 Grundforderung der AfD in der Energiepolitik ist die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 1877 (EEG). Der Bestandsschutz der Altverträge von Wind- und Photovoltaikanlagen ist gewährleistet. 1878 Dazu sind spezielle Regelungen zu treffen. Deutschland hat durch das EEG bereits jetzt die höchsten 1879 Strompreise in Europa. Das EEG ist unsozial, weil die Kleinkunden über die EEG-Umlage 1880 gebührenbefreite Unternehmen mitfinanzieren müssen. 1881 Technisch ist der weitere Ausbau von erneuerbaren Energien nicht sinnvoll, weil es auf absehbare 1882 Zeit keine Speichermöglichkeiten für die erforderlichen Energiemengen gibt. Die Energiedichte von 1883 Solar- und Windkraft ist nicht ausreichend, um den Industriestandort Deutschland stabil mit 1884 Elektroenergie zu versorgen. Grundsätzlich gibt es durch die Komplexität des CO2-Kreislaufes keinen 1885 Nachweis, dass die anthropogenen CO2-Emissionen in ihren Auswirkungen einen relevanten Einfluss 1886 auf die Entwicklung der Durchschnittstemperaturen haben. Da auf dieser unbelegten These die 1887 gesamte Politik der "Erneuerbaren Energien" aufbaut, entfällt jede Notwendigkeit, diese 1888 anthropogenen CO2-Emissionen über die gesetzliche Präferierung bestimmter Energieformen wie 1889 Wind und Solar zu Lasten der grundlast- und regelfähigen Energieformen Kohle- und Gasverstromung 1890 zu reduzieren. 1891 Die AfD fordert, die Einspeiseprivilegien für Wind-, Solar- und Bioenergie abzuschaffen. Wir setzen 1892 uns weiter für die Nutzung des einheimischen Primärenergieträgers Braunkohle zur 1893 Energiegewinnung als grundlast- und regelfähige Energiequelle ein. Deutschland verfügt über die die 1894 weltweit saubersten und effizientesten Kohlekraftwerke. Die Sicherung einer stabilen, preiswerten 1895 und sicheren Energieversorgung sowie der Arbeitsplätze in der regionalen Energiewirtschaft steht im 1896 Vordergrund. Den Vorschlag der Kohlekommission, in der kein einziger Energie- oder Netzfachmann 1897 saß, sehen wir als untauglich an, Deutschland auch in Zukunft sicher und kostengünstig mit Strom zu 1898 versorgen und den Verlust von tausenden Industriearbeitsplätzen zu kompensieren. Wir werden mit 1899 allen uns zu Verfügung stehenden Mitteln gegen überstürzte Abschaltungen von Kohlekraftwerken in 1900 Sachsen vorgehen. Solange es keine konkurrenzfähige und sowohl grundlast- als auch regelfähige 1901 Alternativen zur Braunkohleverstromung gibt, sich diese Energiequelle rentiert und die Menschen in 1902 der Region mit dem Abbau der Braunkohle bzw. der Erschließung neuer Tagebaue einverstanden 1903 sind, solange wollen wir diese Energieform beibehalten.

11.4.2 Energie-Einspar-Verordnung (ENEV) abschaffen

Die überzogenen Standards der Energieeinsparverordnung (ENEV) bzgl. der Wärmedämmung verteuern den Bau und die Modernisierung von Wohngebäuden derart, dass weder Eigentümer noch Mieter mit durchschnittlichem Einkommen diese Mehrbelastung verkraften können. Die ENEV ist

damit zum Investitionshemmnis in der Wohnungswirtschaft geworden. Sie verhindert durch unsinnig hohe Standards für die Wärmedämmung wirtschaftlich sinnvolle energetische Sanierungen, die ohne den Zwang zum ENEV-Standard ansonsten von den Eigentümern vorgenommen würden. Energieeinsparen ja, aber nicht zum Schaden der Bausubstanz, der Wohneigentümer und Mieter.

Die AfD lehnt staatliche Vorschriften zur Energieeinsparung, die wie die Energieeinsparverordnung (ENEV) zu einer hohen finanziellen Belastung von Bürgern und Unternehmen führen, welche durch die damit beabsichtigte Energieeinsparung nicht annähernd wieder finanziell kompensiert wird, als unverhältnismäßig ab.

Der Bauherr soll selbst entscheiden können, wo das Optimum zwischen Energieeinsparung und Investitionskosten liegt.

11.4.3 Pumpspeicherkraftwerke erhalten

Pumpspeicherkraftwerke sind die effektivste Form für kurz- und mittelfristige Speicherung elektrischer Energie. Wegen ihrer Schwarzstartfähigkeit erhöhen sie zusätzlich die Sicherheit des Stromnetzes. Durch sinnvolle Steuer- und Abgabenpolitik können sie auch wirtschaftlich betrieben werden.

Die AfD setzt sich für die Erhaltung und den Ausbau von Pumpspeicherkraftwerken wie Niederwartha sowie deren Befreiung von Netzentgelten ein.

11.4.4 Für Nationale Forschungspolitik

Europäische Subventionen sollen in Forschungsprojekte erfolgen, nicht in der Energieerzeugung und zu Lasten der Bevölkerung wie am Beispiel des EEG. Die AfD setzt sich unabhängig von den EUgeförderten Forschungsthemen für eine nationale Forschungs- und Förderungspolitik sowohl in der Energieversorgung als auch in anderen relevanten Bereichen ein. Der ideologisch geführte deutsche Sonderweg bei der Energieversorgung ist zu beenden, da er zu überhöhten Strompreisen durch das EEG und zur Destabilisierung des europäischen Stromnetzes führt.

Die AfD setzt sich für grundlagennahe Forschung zu neuen Energietechnologien und zu neuen, inhärent sicheren Reaktortechnologien wie dem Dual Fluid-Reaktor ein. Deutschland war bis vor wenigen Jahren weltweit führend in Anwendung und Grundlagenforschung auf diesem Gebiet. Ringsherum um Deutschland wie auch weltweit entstehen neue Kernkraftwerke und wird an neuen Reaktortechnologien geforscht. Die deutschen Kernkraftwerke haben international die höchsten Sicherheitsstandards, während wir auf die Standards in ausländischen Kraftwerken keinen Einfluss haben.

Für Windkraftanlagen (WKA) fordern wir aus Gründen des Umweltschutzes und zum Schutz der Bevölkerung einen Mindestabstand der 10-fachen Höhe der WKA (10-H-Regelung).

12 INFRASTRUKTUR; WOHNBAU; DIGITALISIERUNG

1942

12.1 Digitalisierung 1943 1944 Die Digitalisierung prägt heute praktisch alle Lebensbereiche der Menschen, von der privaten Le-1945 bensgestaltung über das öffentliche Zusammenleben bis zur Wirtschaft. Mit Blick auf die rasante 1946 Entwicklung völlig neuartiger Technologien wie etwa die Künstliche Intelligenz ist sicher, dass die 1947 Digitalisierung auch in Zukunft eine Vielfalt an heute noch gar nicht absehbaren innovativen Neue-1948 rungen schaffen wird. 1949 1950 Grundsätzlich sehen wir in der digitalen Entwicklung mehr Chancen als Risiken. Dementsprechend 1951 wollen wir sie aktiv zum Wohle des einzelnen Menschen sowie der Gesellschaft gestalten. 1952 Neben den unbestrittenen Vorteilen, die die Digitalisierung bietet, sind aber auch die unmittelbaren 1953 Risiken und die Gefahren zu betrachten, die sich durch die zunehmende Abhängigkeit unseres Lebens 1954 von ihr ergeben. Eine fast vollständige Abhängigkeit von ausländischer Informationstechnologie etwa 1955 hat einen Verlust an nationaler Souveränität im Bereich der Sicherheit, der Wirtschaft und des Da-1956 tenschutzes zur Folge. 1957 Wer technologischen Zugriff auf die IT-Infrastruktur und IT-Endgeräte eines Landes hat, kann diesen 1958 Zugriff auch zum Nachteil dieses Landes nutzen, sei es durch Industriespionage oder nachrichten-1959 dienstliche Aktivitäten. Die Stärkung einer eigenen IT-Industrie ist daher eine Frage der nationalen 1960 Souveränität. 1961 12.1.1 Wiederaufbau einer konkurrenzfähigen Informations- und **Telekommunikationsindustrie** 1962 1963 Die deutsche IT-Industrie hat in den meisten Bereichen den Anschluss an die weltweite Spitze verlo-1964 ren. Damit fehlt unserer Volkswirtschaft zum einen ein lukratives und zukunftsfähiges Betätigungs-1965 feld, zum anderen sind wir in dieser technologischen Schlüsselindustrie zunehmend abhängig von 1966 Innovationen aus dem Ausland. 1967 Sachsen hat sich in den letzten zwanzig Jahren als ein Zentrum vor allem der Halbleiter- und Chipin-1968 dustrie entwickelt. Allerdings haben sich auch die hier ansässigen Firmen fast vollständig aus der Informations- und Kommunikationstechnik zurückgezogen. 1969 1970 In der Folge gibt es keine Mikroprozessoren mehr aus deutscher Entwicklung, die im größeren Um-1971 fang oder als Standard in Computer- und Serversystemen eingesetzt werden. Alle wesentlichen An-1972 bieter stammen aus den USA, Großbritannien und Fernost. In der gleichen Weise hat die deutsche 1973 Industrie auch praktisch vollständig das Geschäft der Netzwerkausstattung und Speicherherstellung 1974 aufgegeben. Ehemals technologisch führende Geschäftsbereiche deutscher Unternehmen hat man zuerst in Kooperationen überführt, um sich dann später komplett daraus zurückzuziehen. Vergleich-

bares ist im Bereich der Mobiltelefone geschehen. Mobiltelefone aus deutscher Entwicklung und

1977 Fertigung gibt es nicht mehr.

1978 Grundsätzlich fordert die AfD daher, dass die deutsche IT-Industrie in ihrer gesamten Tiefe, von der

Mikroelektronik über die Hardwareindustrie bis zur Softwarebranche, effektiver unterstützt wird, um

wieder auf Spitzenniveau zu gelangen.

12.1.2 Technologiepark "IT-KOMmunikation" und Gründerkultur

Zu einer erfolgreichen IT-Industrie gehören Unternehmen aller Größenordnungen. Finanzstarke und global tätige Konzerne sind genauso notwendig, wie flexibler Mittelstand und hochinnovative Start-up-Unternehmen. Vor allem Startups können dabei als Innovationsmotor gesehen werden, da für sie der Innovationsgrad ihrer Entwicklungen in besonderem Maße für eine Etablierung am Markt notwendig ist. Um gerade im Bereich der IT-Kommunikation wieder anschlussfähig zu werden, muss die Politik daher Rahmenbedingungen schaffen, in denen junge Unternehmen fühlbar einfacher entstehen und gedeihen können. Hierzu gehören auch geeignete Bedingungen, diese Unternehmen nach einer gelungenen Startphase am Standort Sachsen zu halten.

Um im Bereich der IT-Kommunikation wieder den Anschluss zu finden, fordert die AfD den Aufbau eines Technologieparks "IT-KOMmunikation" in Sachsen mit starkem Fokus auf Themen, die sich aus der Halbleiterindustrie ergeben und einen Bezug zur IT-Kommunikation haben. Als Vorbild hierfür soll der Gav-Yam-Technologiepark in Be'er Scheva in der israelischen Negev-Wüste dienen. Hier ist innerhalb weniger Jahre ein weltweites Zentrum für Cybersicherheit entstanden mit mittlerweile über 120 ansässigen Startups, gelockt vor allem durch Steuervorteile.

12.1.3 Finanzierungsmodelle etablieren

Um einen solchen Technologiepark aufzubauen, müssen jungen Absolventen oder IT-Spezialisten in der Anfangszeit spürbare Anreize geboten werden, sich in Sachsen mit einem Startup oder Spin-Off selbständig zu machen. Der wesentliche Faktor ist hier natürlich eine, am globalen Konkurrenzmarkt und an der Größenordnung der Herausforderung gemessenen Finanzierung der jungen Unternehmen in ihren ersten Jahren.

Derzeit ist es für Gründer häufig äußerst schwierig, an ausreichend Kapital für ihr junges Unternehmen zu gelangen. Auch die Größenordnung, in denen Unternehmen Fremdkapital erhalten, sind in den allermeisten Fällen in Größenordnungen geringer, als dies etwa in den USA der Fall ist.

Die AfD möchte daher ein Finanzierungsmodell etablieren, um vor allem private Kapitalgeber verstärkt zu animieren, ihr Geld in diese Firmen zu investieren. Dieses Finanzierungsmodell soll eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, wie bspw. die Flexibilisierung der Gewerbesteuer, Zuschüsse für

private Kapitalgeber, sowie Initiativen zur Änderung der Steuergesetzgebung auf Bundesebene mit dem Ziel, privaten Geldgebern für junge IT-Unternehmen signifikante steuerliche Vorteile zu gewähren. In Sachsen soll so eine Gründerkultur entstehen, die der gesamten Gesellschaft zu Gute kommt. Um auf diese Weise unterstützte Unternehmen langfristig mit ihrem Stammsitz in Sachsen zu behalten, sollten auch schlanke staatliche Beteiligungen in dem Maßnahmenportfolio enthalten sein.

12.1.4 Soziales Umfeld von Gründern stärken

Neben der Finanzierung der IT-Startups selbst sind die sozialen und infrastrukturellen Faktoren der Gründer nicht zu unterschätzen. Häufig entscheiden diese über die Wahl des Standortes, an dem das Unternehmen gegründet wird. Hier hat Sachsen vielfältige Möglichkeiten, unterstützend einzugreifen und den Jungunternehmern Steine aus dem Weg zu räumen mit dem Ziel, dass die neue Firma hier in Sachsen gegründet wird. Innovative Unternehmen sollen sich vor allem in der Gründungsphase voll auf die Entwicklung ihres Produktes konzentrieren.

2021 Die AfD will diese Konzentration durch folgende Maßnahmen unterstützen:

- Abschaffung administrativer Zwänge wie etwa IHK-Zwangsmitgliedschaften für diese
 Jungunternehmen in den ersten drei Jahren nach Gründung
- 2024 Günstige oder kostenlose Büroflächen in Gebäuden des Freistaates
- 2025 Schaffung von familienfreundlichen Sozialstrukturen

Daseinsvorsorge

12.1.5 Wasser, Strom, Internet: Glasfaseranschlüsse als Element der staatlichen

Das Ziel der sächsischen Landesregierung, bis 2025 flächendeckend in ganz Sachsen 100 Mbit/s anliegen zu haben, halten wir für nicht weitreichend genug. Internetanbindungen im Nahbereich mit 100 Mbit/s, wie sie in aktuellen Projekten der Landesregierung mit Steuergeldern gefördert werden (z.B. Eppendorf), bauen auf die schon heute veraltete und in Zukunft nicht mehr ausreichende Kupferkabeltechnologie. Diese darf in aktuellen Projektplanungen des Landes Sachsen und seiner Kommunen keine Rolle mehr spielen. Vielmehr sollten Glasfaserkabel nicht an den zentralen Verteilerstationen enden, sondern bis zu den Hausanschlüssen der Wohn-, Büro-, und Industriegebäude reichen. Die bereits heute stattfindenden, massiven staatlichen Eingriffe in die bisher marktwirtschaftlich orientierten Prozesse des Breitbandausbaus haben gezeigt, dass die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet nicht durch privatwirtschaftliche Unternehmen gewährleistet wird.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass auch der ländliche Raum langfristig als Wirtschafts- und Wohn-

standort attraktiv bleibt. Daher sieht die AfD die Versorgung aller sächsischen Haushalte und gewerblich genutzten Gebäude mit schnellem Internet als einen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit als eine der wichtigsten und längst überfälligen Aufgaben der kommenden Legislaturperiode an. Kurzfristig setzen wir uns dafür ein, dass die langwierigen Ausschreibe- und Vergabepraxen ver-

kürzt werden, etwa durch den verstärkten Abschluss von Rahmenverträgen. Ziel soll sein, den Zeitraum von der Planung bis zum Ausbau von Projekten im Durchschnitt auf unter zwölf Monate zu senken.

Sollte im Rahmen eines Kostenvergleichs festgestellt werden, dass ein vollständig institutionell durchgeführter Breitbandausbau für die sächsischen Bürger günstiger ist als die derzeitige steuermittelfinanzierte Förderungs- und Subventionspraxis, setzt sich die AfD Sachsen dafür ein, dass die kommunalen technischen Dienste soweit ertüchtigt werden, dass der Ausbau durch eben diese übernommen werden kann.

12.1.6 Flächendeckender Mobilfunk für die Bürger, nicht für die Staatskasse

Ähnliche Fehlentwicklungen wie beim kabelgebundenen Breitbandausbau sehen wir beim Ausbau des Mobilfunknetzes. Flächendeckende Mobilfunkanbindung darf nicht nur dort vorhanden sein, wo es privatwirtschaftlichen Unternehmen unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten derzeit lukrativ erscheint. Wir sehen die flächendeckende Mobilfunkanbindung ebenfalls als Element der staatlichen Daseinsvorsorge – vor allem und gerade auch in den ländlichen Gebieten, deren Anbindung an das Glasfasernetz momentan tatsächlich unrentabel ist.

Aufgrund der hohen Ausbaukosten, unzureichender staatlicher Vorgaben und der hohen Mobilfunk-Lizenzgebühren liegt Deutschland bereits beim 4G-Ausbau auf einem der letzten Plätze im europäischen Vergleich, zeitgleich zahlen unsere Bürger aber die höchsten Mobilfunk-Gebühren. Der Staat bereichert sich durch überteuerte Lizenzversteigerungen an den Unternehmen, welche die Kosten dann auf die Bürger umlegen.

Die AfD will will den Wettbewerb zwischen allen Dienstanbietern fördern. Daher dürfen die Fehler der Vergabe der 4G-Lizenzen bei 5G nicht wiederholt werden. Sachsen muss sich auf Bundesebene für eine Rückabwicklung der 5G-Lizenzverkäufe und Schaffung der rechtlichen Möglichkeiten einsetzen, um die Bereitstellung der Mobilfunkinfrastruktur (Funkmasten) von staatlicher Seite über die gesamte Bandbreite und für alle Dienstanbieter zu realisieren.

Funk-Lizenzen werden nicht mehr in die Hand einiger weniger Großkonzerne gegeben. Vielmehr sollen alle Mobilfunkanbieter gleichberechtigt und entgeltpflichtig die staatlich bereitgestellte Funknetz-Infrastruktur nutzen dürfen – das fördert den Wettbewerb und senkt die Kosten für die Nutzer.

In Sachsen wollen wir zudem dafür Sorge tragen, dass bei den bereits bestehenden Mobilfunk-Technologien (vor allem LTE) unsere Netzabdeckung über dem ohnehin schon niedrigen Durchschnitt liegt und nicht, wie bisher, deutlich darunter. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir mit den Netzanbietern in Verhandlungen treten, um ein gemeinsames Konzept zu entwickeln.

12.1.7 Industrie 4.0 als Chance, nicht als Risiko

- 2079 Die Digitalisierung der Produktion führt zu steigender Produktivität bei gleichzeitig weniger benötig-
- ten Arbeitskräften. Wir sehen diese Entwicklung als Chance, die deutsche Industrie und Wirtschaft in
- 2081 Zeiten des demografischen Wandels weiterhin international konkurrenzfähig zu halten und setzen
- 2082 uns für die Förderung der Industrie 4.0 ein.

2078

2087

2098

2106

- 2083 Um diese Entwicklung in der Zukunft positiv zu gestalten, will die AfD die Schul- und Berufsausbil-
- 2084 dung auf diese neuen Anforderungen abstimmen und Lehrpläne im Hinblick auf die neuen wirtschaft-
- lichen Rahmenbedingungen anpassen. Die Anforderungen an die Facharbeiter von morgen werden
- sich von den heutigen deutlich unterscheiden.

12.1.8 E-Government und Open-Source: Die Zukunft in Behörden

- 2088 Durch zielgerichtete Digitalisierung soll in Zukunft nicht nur eine deutliche Aufwandsreduzierung bei
- 2089 Behördenkontakten, sondern auch Transparenz behördlichen Handelns erzielt werden.
- 2090 Die AfD will, dass in fünf Jahren jeder Bürger alltägliche Amtsgeschäfte auf einem übersichtlichen,
- 2091 einfachen Portal im Internet erledigen kann. Dabei soll der elektronische Personalausweis zur Au-
- 2092 thentifizierung gegenüber sächsischen Behörden genutzt werden können. Zugleich muss gerade für
- 2093 ältere Bürger die Begegnung vor Ort mit ausreichendem Verwaltungspersonal weiterhin gewährleis-
- 2094 tet sein, beispielsweise durch mobile Bürgerbüros. Die weitere Verwendung von Windows-
- 2095 Betriebssystemen in der Verwaltung sehen wir aus sicherheitstechnischer und auch finanzieller Sicht
- 2096 äußerst kritisch. Deshalb setzen wir uns für die Entwicklung und Förderung einer Behörden-Software-
- 2097 Infrastruktur auf Basis offener Standards ein.

12.2 Vermögensbildung durch Wohnen

- 2099 Wohneigentum ist ein Teil von Heimat. Die eigenen vier Wände stehen dabei für soziale Bindung,
- 2100 Wohlstand, Vermögensaufbau und inflationssichere Alterssicherung. Abgesehen von den Stadtstaa-
- 2101 ten Berlin und Hamburg besitzen in keinem Bundesland weniger Menschen Wohneigentum als in
- 2102 Sachsen. Gleichzeitig bildet Deutschland im EU-weiten Vergleich das Schlusslicht. Vor allem in den
- 2103 osteuropäischen Ländern liegt der Anteil der Menschen mit Wohneigentum bei knapp neunzig Pro-
- 2104 zent. Um den Erwerb von Wohneigentum stärker zu fördern, müssen sowohl Objekt- als auch Bau-
- 2105 herrenförderungen berücksichtigt werden.

12.2.1 Bezahlbarer Wohnraum auf dem Land und in der Stadt

- 2107 In Zeiten zunehmenden Leerstandes guten Wohnraums auf dem Lande und in kleineren Städten
- 2108 muss der Freistaat Sachsen den ländlichen Raum fördern statt das Wachstum von Leipzig und Dres-
- 2109 den weiter zu befeuern.

Die AfD will das Land für junge Menschen wieder attraktiver machen. Um dennoch die Wohnbedürfnisse von Menschen mit niedrigem Einkommen und Familien in den sächsischen Großstädten besser
zu berücksichtigen, muss der private soziale Wohnungsbau unterstützt werden. Dies kann durch Anreize für Investoren, wie erweiterter Abschreibungsmöglichkeiten, Bürokratieabbau, Vereinfachung
von energetischen Standards oder Ähnlichem geschehen. Des Weiteren halten wir am Wohngeld
fest, mit dem flexibel auf Bedürfnisse und Marktlage reagiert werden kann.

12.2.2 Baubürokratie abbauen, Verfahren beschleunigen

- 2117 Der steigenden Nachfrage an Wohnraum muss auch ein steigendes Angebot entgegengesetzt wer-
- 2118 den. Um einer weiteren Anspannung des Wohnungsmarktes entgegenzutreten, müssen Bebauungs-
- 2119 plan- und Planfeststellungsverfahren beschleunigt und wesentlich mehr Bauland in den Flächennut-
- zungsplänen der Städte und Gemeinden ausgewiesen werden.
- 2121 Die AfD setzt sich für eine Reduzierung der Nachweiserbringungspflichten der Antragsteller auf ein
- vernünftiges Mindestmaß sowie für kürzere gesetzliche Fristen für die behördliche Antragsprüfung
- 2123 und Entscheidungsfindung ein.

2116

2124 12.2.3 Mehr Wohneigentum in private Hand

- 2125 Vor allem junge Familien sollen eine realistische Chance gegenüber kapitalstarken Bauträgern erhal-
- ten und finanziellen Spielraum für ihre Wohnraumplanung gewinnen.
- 2127 Die AfD will, dass Bauland aus staatlicher Hand nicht mehr nur verkauft, sondern auch in Form von
- 2128 Erbpachtverträgen an die sächsischen Bürger, insbesondere junge Familien, vergeben wird. Die Not-
- 2129 wendigkeit einer Kreditaufnahme für das Grundstück entfällt damit. Darüber hinaus sichern sich die
- 2130 Gemeinden dauerhafte, aber sozialverträgliche Einnahmen.

2131 12.2.4 Genossenschaften fördern

- 2132 In den Großstädten Dresden, Leipzig und Chemnitz ist Wohneigentum schon heute nur noch für we-
- 2133 nige leistbar. Genossenschaften arbeiten nicht gewinnorientiert und erhalten durch die Anteile, die
- 2134 die Bewohner erwerben können, zudem Mitbestimmungsrechte an ihrem wohnlichen Umfeld. Aus
- 2135 diesem Grund ist die Lebenszufriedenheit in Genossenschaften messbar höher als in herkömmlichen
- 2136 Mietverhältnissen.
- 2137 Die AfD will verstärkt Genossenschaften fördern. Um Platz für individualisierte Wohnformen zu
- schaffen, sollen auch Baugemeinschaften unterstützt werden. Da auch in diesen durch die hohe sozi-
- 2139 ale Bindung die Lebenszufriedenheit höher ist, können sie zu einem langfristigen Anker für die Be-
- 2140 wohner werden, den unsere Städte und Dörfer benötigen.